

NIEDERSCHRIFT

über die **17.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **16.02.2016**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 18:59 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
 3. Herr Gerhard Heyner
 4. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
 5. Herr Bertram Graf von Nesselrode
 6. Herr Wolfgang Wappenschmidt
 7. Herr Dieter Welsink
 8. Herr Johann-Andreas Werhahn
- Vertretung für Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
 10. Herr Harald Holler
 11. Herr Dieter Jüngerkes
 12. Herr Rainer Thiel MdL
- Vertretung für Herrn Horst Fischer

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13. Herr Hans Christian Markert MdL
- Vertretung für Herrn Erhard Demmer

Anwesend bis 18:42

14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **FDP-Fraktion**

15. Herr Bijan Djir-Sarai

• **Die Linke-Fraktion**

16. Frau Kirsten Eickler

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

• **Gäste**

18. Herr Michael Eyll-Vetter (RWE Power AG)
19. Herr Dr. Reinhold Elsen (RWE Generation SE)
20. Herr Hoffmann (RWE Power AG)

• **Verwaltung**

21. Herr Robert Abts
22. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
23. Frau Annika Geppert
24. Herr Dezernent Ingolf Gaul
25. Herr Günter Hassels
26. Herr Benjamin Josephs
27. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
28. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
29. Herr Marcus Temburg
30. Herr Harald Vieten

• **Schriftführerin**

31. Frau Yvonne Brenner

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse	6
2.1.	Kulturausschuss am 01.02.2016	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
3.1.	Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 03.02.2016	6
4.	Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Januar/Februar 2016 Vorlage: 61/1092/XVI/2016	7
4.1.	Vortrag RWE Power AG zur Zukunft der Braunkohle und Ausrichtung des Unternehmens	7
5.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Januar/Februar 2016 Vorlage: 61/1091/XVI/2016	9
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa (Stand: Februar 2016) Vorlage: ZS5/1153/XVI/2016	9
7.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/1155/XVI/2016	10
8.	Flüchtlingsbericht.....	11
9.	Gewährung von Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen- Bewilligungen 2015 Vorlage: 20/1099/XVI/2016	11
10.	Anträge.....	12
10.1.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 04.02.2016: Schrottreaktoren in Tihange und Doel endgültig stilllegen -Klage der Städteregion Aachen beitreten.....	12
10.2.	Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion vom 11.02.2016: Landesregierung in NRW muss Gefährdung durch die unsicheren Kernkraftwerke Tihange und Doel ernst nehmen.....	13
10.3.	Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016: Einberufung der Arbeitsgruppe "Interkommunale Zusammenarbeit"	13
10.4.	Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016: Konzept zum Schutz der Bürger	14
10.5.	Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 10.02.2016: Postzustellung durch postcon.....	14

11.	Mitteilungen	15
11.1.	Antwortschreiben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur u. Verbraucherschutz des Landes NRW auf das Schreiben des Rhein- Kreises Neuss vom 28.05.2015 zum Abfallwirtschaftsplan NRW; Teilplan Siedlungsabfälle.....	15
12.	Anfragen	15
12.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.02.2016: IT Sicherheit in den Kreiskrankenhäusern.....	15
12.2.	Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 12.02.2016: Vermittlung von Minderjährigen an die Bundeswehr.....	15
12.3.	Mündliche Anfrage der Kreistagsabgeordneten Frau Susanne Stephan-Gellrich der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen: Einsparpotenzial im Kreishaushalt.....	16

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 6 Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Europa	- Kultur und Freizeitführer 2016 - Presseinformation Veranstaltung „Matching for new materials“ ☒
zu Top 8 Flüchtlingsbericht	- Flüchtlingsbericht Stand 31.01.2016 ☒
zu Top 10 Anträge	- 10.1 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 04.02.2016: Schrottreaktoren in Tihange und Doel endgültig stilllegen -Klage der Städteregion Aachen beitreten. ☒ - 10.2 Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion vom 11.02.2016: Landesregierung in NRW muss Gefährdung durch die unsicheren Kernkraftwerke Tihange und Doel ernst nehmen. ☒ - 10.3 Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016: Einberufung der Arbeitsgruppe "Interkommunale Zusammenarbeit". ☒ - 10.4 Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016: Konzept zum Schutz der Bürger. ☒ - 10.5 Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 10.02.2016: Postzustellung durch postcon. ☒
zu Top 11 Mitteilungen	- 11.1 Antwortschreiben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur u. Verbraucherschutz des Landes NRW auf das Schreiben des Rhein-Kreises Neuss vom 28.05.2015 zum Abfallwirtschaftsplan NRW; Teilplan Siedlungsabfälle. ☒
zu Top 12 Anfragen	- 12.1 Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.02.2016: IT Sicherheit in den Kreiskrankenhäusern. ☒ - 12.2 Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 12.02.2016: Vermittlung von Minderjährigen an die Bundeswehr. ☒

zu Top 2 nö Auftragsvergaben	- 2.1 Seniorenhaus Lindenhof in 41515 Grevenbroich, Vergabe des Auftrages "Austausch und Erweiterung der Brandmeldeanlage". ☒ - 2.2 Neubau Kreisarchiv Dormagen-Zons, Vergabe des Auftrages "Elektroinstallationsarbeiten". ☒
---------------------------------	--

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler fragte nach dem zugesagten Protokoll zur Antragskonferenz von Ampriorn am 11. und 12.01.2016. Dieses habe Sie noch nicht erhalten.

Amtsleiter Markus Temburg teilte mit, dass das Protokoll noch nicht vorliegen würde und daher auch noch nicht an die Abgeordneten weitergeleitet werden konnte.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Kulturausschuss am 01.02.2016

KA/20160216/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Kulturausschusses vom 01.02.2016 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 03.02.2016

KA/20160216/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Ausschusses für Rettungswesen-, Feuer und Katastrophenschutz vom 03.02.2016 zur Kenntnis.

4. Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Januar/Februar 2016 Vorlage: 61/1092/XVI/2016

KA/20160216/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Berichtszeitraum Januar/Februar 2016 zur Kenntnis.

4.1. Vortrag RWE Power AG zur Zukunft der Braunkohle und Ausrichtung des Unternehmens

Protokoll:

Herr Michael Eyll-Vetter und Herr Dr. Reinhold Elsen von der RWE Power AG und RWE Generation SE trugen die Vorträge zum Thema „Aktuelle Entwicklungen und Zukunft der Braunkohle“ und „Forschung und Entwicklung“ bei RWE vor. Beide Vorträge sind dem Protokoll als **Anlage 1 und 2** beigelegt.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink bedankte sich für die Vorträge und ist der Meinung, dass durch die beiden Vorträge die Diskussion, welche seit Monaten im Kreisausschuss geführt werde, wieder auf eine Sachebene zurück gebracht wurde. Sie machen deutlich, was das Unternehmen für einen Versorgungsauftrag erfüllt und was das Unternehmen im Rahmen der industriellen Auffassung an Innovation für die Region mitbringt. Ebenfalls sei deutlich geworden, so Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink weiter, dass die Versorgungssicherheit ein großes Thema für das Unternehmen sei, mit welchem sich aber auch die Abgeordneten auseinandersetzen müssten.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass durch die Vorträge sehr deutlich geworden sei, dass die Braunkohle und der Umgang mit Braunkohle Hightech ist und standortrelevant für die Region sei.

Durch den Vortrag sei ebenfalls deutlich geworden, dass das Unternehmen viel für die Minderung des CO₂-Ausstoßes tun würde, die Braunkohle aber auch weiterhin benötigt werde, um die Grundlast tragen zu können, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel weiter.

Weiterhin ist positiv zu bewerten, dass trotz der Stilllegung des Kraftwerkes in Frimmersdorf wieder neue Industriearbeitsplätze geschaffen werden sollen, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel abschließend.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler stellte die Frage, warum in den Planungen keine Pumpspeicherwerke berücksichtigt wurden.

Herr Michael Eyll-Vetter antwortete, dass sich der Konzern natürlich mit diesem Thema beschäftigt habe, die Region aber durch fehlende Höhenunterschiede die Voraussetzungen für den Bau von Pumpspeicherwerken nicht erfüllen würde.

Herr Dr. Reinhold Elsen ergänzte noch, dass ein Pumpspeicherwerk die notwendige Stromlast nicht auffangen könnte, da kein Langzeitspeicher möglich sei.

Kreistagsabgeordneter Hans-Christian Markert bedankte sich ebenfalls für die Vorträge und wünscht sich in den nächsten Sitzungen Vorträge von anderen großen Firmen wichtiger Industriezweige wie beispielsweise 3M, Hydro Aluminium oder Currenta.

Kreistagsabgeordneter Bijan Djir-Sarai stellte zwei Fragen:

1. Warum hat RWE erst im Jahr 2016 auf die Energiewende reagiert?

Der Prozess der Energiewende dauert viele Jahre und natürlich hat sich der Konzern frühzeitig mit dem Thema auseinandergesetzt. Damals hielt man es jedoch für richtig und wichtiger die gesamten Geschäftsfelder des RWE-Konzerns zusammenzuhalten, so Herr Michael Eyll-Vetter

2. Wie steht RWE der Gründung einer Stiftung gegenüber um für die Ewigkeitslasten/-kosten aufzukommen?

Herr Michael Eyll-Vetter antwortete, dass bei den Braunkohletagebauten ein anderes Verfahren angewendet werde als bei der Steinkohle. Das Bundesbergbaugesetz schreibt vor, dass nach Fortschreiten des Betriebs der Braunkohletagebauten Rückstellungen gebildet werden müssen um die Wiedernutzbarmachungsverpflichtungen am Ende zu erfüllen. Dies überprüft regelmäßig die Bergbaubehörde, so Herr Michael Eyll-Vetter abschließend.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt betonte, dass die Braunkohle auch in Zukunft noch für den Energiemix benötigt werde und stellte noch folgende Fragen.

1. Inwieweit hat die Leitentscheidung Auswirkungen auf die Investitionen von BoA-Plus und das Unternehmen?

Durch die Leitentscheidung werden Kohlevorräte reduziert, was natürlich auch Auswirkungen auf die Investitionen des Unternehmens haben wird. Dennoch wird BoA-Plus weiterhin fortgeführt, so Herr Michael Eyll-Vetter.

2. Denkt RWE über eine Nachfolgenutzung nach, wenn die Blöcke P und Q in Frimmersdorf abgeschaltet sind?

Für die Fläche in Frimmersdorf gibt es erste Konzernintern Überlegungen, die aber noch nicht öffentlich sind, so Herr Michael Eyll-Vetter. Die Region werde aber in die Planungen mit eingebunden.

3. Die bereits stillgelegten Blöcke tragen noch Leitungen für die anderen Blöcke. Kann dennoch, schon vor der Stilllegung der letzten zwei Blöcke, mit dem Rückbau begonnen werden?

Der Konzern prüfe zurzeit intern, welche Rückbauten oder Teilrückbauten man durchführen könne, so Herr Michael Eyll-Vetter.

4. Wo liegen die Perspektiven der Braunkohleveredelung, das Mengenpotenzial und die zeitliche Perspektive?

Herr Dr. Reinhold Elsen antwortete, dass man sich mit der Transformation eines großen Geschäftszweiges beschäftigen würde. Zurzeit werden jährlich 100 Mio. Tonnen Braunkohle gefördert. Dies werde in den nächsten Jahren deutlich zurückgehen. Man benötige aber dennoch eine erhebliche Menge an Braunkohle in der Verstromung um die Stromversorgung zu sichern. Um den Strompreis niedrig zu halten überlege man eine zweite Erlösquelle, wie beispielsweise die

Produktion von Schwefelfreien Premiumdiesel oder Nafta, zu erschließen.

5. Wann kann das HOK-Verfahren zur Reduzierung von Quecksilberausstoß großtechnisch eingesetzt werden und wäre RWE bereit die neue Technik einzusetzen obwohl sie nicht gezwungen werden, weil die Grenzwerte bereits eingehalten werden?

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel begrüßt es, dass sich so intensiv mit dem Thema Quecksilberausstoß beschäftigt werde. Er merkte allerdings an, dass nicht nur Kraftwerke Quecksilber ausstoßen.

Er wünscht sich, dass dieses Thema nochmal intensiver im Planungs- und Umweltausschuss behandelt wird.

5. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Januar/Februar 2016 Vorlage: 61/1091/XVI/2016

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die geplante Vollversammlung am 25.02.2016 auf den 11.04.2016 verschoben wurde. Am 25.02.2016 werde nun eine erneute Sitzung der Steuerungsgruppe stattfinden, in der man besprechen werde, ob sich die Kammern und Gebietskörperschaften zu einem Verein (Metropolregion Rheinland) zusammenschließen werden.

Sollte dies der Fall sein, muss der Kreisausschuss entscheiden, ob der Rhein-Kreis Neuss diesem Verein beitreten möchte, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke abschließend.

KA/20160216/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum Januar/Februar 2016 zur Kenntnis.

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung / Europa (Stand: Februar 2016) Vorlage: ZS5/1153/XVI/2016

Protokoll:

Amtsleiter Robert Abts berichtete von der Werkstoffkonferenz „Matching for new materials“ am 15.02.2016 im Zeughaus in Neuss und verwies auf die ausgelegte Pressemitteilung des Ministeriums die den Erfolg der Veranstaltung belegt.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich bat um Erläuterung der Tabelle auf Seite 33 der Einladung.

Kreisdirektor Dirk Brügge erläuterte, dass die 80,4% die Zahl der Arbeitslosigkeit (13.732) entspricht. Die Unterbeschäftigungsquote, in der zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen abgebildet werden, die nicht als arbeitslos gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus sind, liegt bei 7,2%.

KA/20160216/Ö6**Beschluss:**

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa (Stand: Februar 2016) zur Kenntnis.

7. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften**Vorlage: 50/1155/XVI/2016****Protokoll:**

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler fragte nach, warum die KdU auf Seite 46 der Einladung im Januar fast doppelt so hoch seien, wie in den Vorjahren?

Kreisdirektor Dirk Brügge verwies auf die Erläuterungen auf Seite 46 der Einladung und teilte erneut mit, dass dies daran liegen würde, dass das Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes NRW die Abrechnungszeiträume für die KdU geändert habe. Ab 2016 wird vom Ersten eines Monats bis zum letzten Tag des Monats berichtet. Die Kosten sind höher, da in der Tabelle nicht nur die KdU-Zahlungen für Januar enthalten sind sondern auch die im Januar ausbezahlten KdU-Leistungen für Februar.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann erwähnte positiv, dass der Rhein-Kreis Neuss die Entlastungsmilliarden in Höhe von 2.824.532,36 € nicht zur Deckung des Haushaltsergebnisses verwendet habe, sondern an die Städte und Gemeinden weitergab.

Dies sollte man im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen berücksichtigen.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich fragte nach, ob Sie es richtig interpretieren würde, dass die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Januar und Februar gesunken seien?

Kreisdirektor Dirk Brügge antwortete, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nicht gesunken sei. Die richtigen Zahlen werde man durch die Umstellung des Abrechnungssystems erst im Februar sehen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte zum Thema Schaffung von sozialen Wohnraum, dass man in dem Thema sehr aktiv sei und man beabsichtigen würde, sich mit allen Betroffenen zusammenzusetzen um das wichtige Thema weiter voranzutreiben.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel stellte die Frage, ob er es richtig verstehen würde, dass Landrat Hans-Jürgen Petrauschke keine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft mehr gründen will? Weiterhin teilte er mit, dass seine Fraktion die Gründung eines „Bündnis für Wohnen im Rhein-Kreis Neuss“ empfehlen würde, in der der Rhein-Kreis Neuss eine starke koordinierende Rolle spielen sollte.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte nochmal klar, dass es nicht das vorrangige Ziel sei eine Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, man sich aber von der Idee noch nicht verabschiedet hätte. Das vorrangige Ziel sei es, die Probleme am Wohnungsmarkt zu mildern.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink betonte deutlich, dass es nicht nur um Flüchtlin-

ge gehen sollte, sondern um die Schaffung von bezahlbaren Wohnraum für sozial schwache Menschen

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen lehnt eine Kreiswohnungsbaugesellschaft weiter ab, teilte Kreistagsabgeordneter Hans-Christian Markert mit und ergänzte, dass ein Mangel an bezahlbaren Wohnraum auch schon vor dem Flüchtlingszustrom vorhanden gewesen sei. Weiterhin stellte Kreistagsabgeordneter Hans-Christian Markert die Frage, wie der Rhein-Kreis Neuss sich eine Kreiswohnungsbaugesellschaft vorstellen würde?

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass das Thema Wohnungsbau nie als Thema des Kreises gesehen wurde, wenn der Markt es richtet. Zurzeit würde er ein Marktversagen (bezogen auf die Befriedigung des Bedarfes) feststellen, da nicht schnell genug bezahlbarer Wohnraum geschaffen werde. Aus diesem Grunde möchte man bei einem Regionalen Wohnungsgipfel über das Thema beraten. Wichtig sei, wie Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel schon betonte, dass man nicht acht Mal das gleiche Thema angefangen dürfte.

KA/20160216/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zum SGB II – Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. Flüchtlingsbericht

KA/20160216/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Flüchtlingsbericht (Stand 31.01.2016) zur Kenntnis.

9. Gewährung von Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen- Bewilligungen 2015 Vorlage: 20/1099/XVI/2016

KA/20160216/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Aufstellung der 2015 bewilligten Arbeitgeberdarlehen zum Neubau und Erwerb von Familienheimen und Eigentumswohnungen zur Kenntnis.

10. Anträge

10.1. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom 04.02.2016: Schrottreaktoren in Tihange und Doel endgültig stilllegen -Klage der Städteregion Aachen beitreten

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die ersten beiden Anträge von den Kreistagsfraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke bzw. von der CDU und FDP das gleiche Thema behandeln und ergänzte, dass dieses bereits im Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 03.02.2016 besprochen wurde.

Kreistagsabgeordneter Hans-Christian Markert erläuterte den Antrag der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke und stellte den Unterschied der beiden Anträge dar. In dem Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktionen wolle man die Verantwortung der Landesregierung zuweisen, welche aber bereits schon länger aktiv an dem Thema am Arbeiten ist.

Um aus den beiden Anträgen einen zu machen, sollte in dem Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktionen der Punkt ergänzt werden, dass der Rhein-Kreis Neuss der Klage beitrifft, so Kreistagsabgeordneter Hans-Christian Markert.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass vom Rechtsamt des Kreises geprüft wurde, ob man sich an der Klage beteiligen könnte. Dies sei nach Auskunft des Rechtsamtes nicht möglich, da der Rhein-Kreis Neuss nicht in der 100 km Zone des Kernkraftwerkes liegt. Weiterhin ist fraglich, ob solch eine Klage überhaupt Erfolg hätte. In Deutschland wäre eine solche Klage nicht möglich, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke abschließend.

Kreistagsabgeordneter Hans-Christan Markert machte den Vorschlag, dass die folgenden Punkte bei dem Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion ergänzt werden, damit aus zwei Anträgen einer gemacht werden kann.

1. Unter Punkt 1 und 2 sollte neben die nordrhein-westfälische Landesregierung die Bundesregierung ergänzt werden
2. Unter Punkt 3 sollte ergänzt werden, dass geprüft werde, ob man der Klage beitreten kann.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink stimmte den Ergänzungen zu.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler fragte nach, ob der Rhein-Kreis Neuss für einen möglichen Katastrophenfall gut vorbereitet sei (beispielsweise ob genügend Kohletabellen vorhanden seien)?

Man sei für einen möglichen Katastrophenfall im Rhein-Kreis Neuss gut vorbereitet. Für die Fernzone sei das Land zuständig, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Erneute Prüfung der Verwaltung zum Beitritt der Klage im Nachgang des Kreisausschusses

Kernkraftwerk Tihange in Belgien

hier: Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zur Klage der StädteRegion Aachen

Die Städteregion Aachen hat am 5. Februar 2016 eine fristgebundene Klage vor dem belgischen Staatsrat erhoben. Diese Klage richtet sich gegen den Beschluss der belgischen Atomenergiebehörde FANK zur Zulassung der Wiederinbetriebnahme des Kernkraftwerks Tihange 2. Auf entsprechende Nachfrage hat die Städteregion Aachen mitgeteilt, dass sie einen Beitritt des Rhein-Kreises Neuss zu dieser Klage auch nicht für sinnvoll hält.

10.2. Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion vom 11.02.2016: Landesregierung in NRW muss Gefährdung durch die unsicheren Kernkraftwerke Tihange und Doel ernst nehmen

Protokoll:

Der Antrag wurde im vorherigen Tagesordnungspunkt mit beraten.

KA/20160216/Ö10.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt den Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion mit den folgenden Ergänzungen:

- bittet den Landrat des Rhein-Kreises Neuss, die nordrhein-westfälische Landesregierung und die **Bundesregierung** aufzufordern, mit der belgischen Regierung zu einem Abkommen zu gelangen, das für den nuklearen Ernstfall ein länderübergreifendes Katastrophenschutzkonzept festlegt;
- bittet den Landrat des Rhein-Kreises Neuss, die Landes- und **Bundesregierung** aufzufordern, Gespräche mit der belgischen Regierung zu intensivieren, mit dem Ziel, die vollständige Abschaltung der Kernkraftwerke Tihange und Doel zu erreichen;
- begrüßt die Initiative der Städteregion Aachen, sich für eine unverzügliche und dauerhafte Abschaltung des belgischen Kernkraftwerks Tihange im Wege einer Klage einzusetzen **und man werde prüfen, sich der Klage anzuschließen.**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10.3. Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016: Einberufung der Arbeitsgruppe "Interkommunale Zusammenarbeit"

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Kreistagsabgeordneter Dieter Welsink teilte mit, dass seine Fraktion die Einberufung der Arbeitsgruppe begrüßt, möchte aber noch wissen, wie die Arbeitsgruppe aufgehängt werden soll.

Kreistagsabgeordneter Bijan Djir-Sarai teilte mit, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls unterstützen werde, der Antragsteller solle diesen jedoch noch konkretisieren.

Kreistagsabgeordnete Kirsten Eickler merkte an, dass das Ziel der interkommunalen Zusammenarbeit nicht nur das Ziel haben sollte Kosten zu sparen, sondern einheitliche Strukturen zu schaffen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Zusammensetzung der „Arbeitsgemeinschaft für Interkommunalen Zusammenarbeit“ so ähnlich wie der Ältestenrat sein sollte und so schnell wie möglich zu einer Sitzung eingeladen werde.

KA/20160216/Ö10.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, dass die Arbeitsgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ kurzfristig einberufen wird.

10.4. Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016: Konzept zum Schutz der Bürger

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Kreistagsabgeordneter Hans-Christian Markert lehnte den Antragseinstieg ab. Weiterhin erläuterte er, dass man momentan nicht von einem generellen Anstieg der Kriminalität ausgehen könnte. Man habe zwar in einigen Bereich einen Anstieg in anderen dafür einen Rückgang der Kriminalität, so Kreistagsabgeordneter Hans-Christian Markert weiter. Den Prüfauftrag werde er gerne mit in den Polizeibeirat nehmen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel teilte ebenfalls mit, dass dieser Antrag nicht Thema des Kreisausschuss sei, sondern im Polizeibeirat beraten werden müsste. Weiterhin ergänzte er, dass der Rhein-Kreis Neuss kein Ort der „Unsicherheit“ sei.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel bat darum, ob die Ergebnisse anschließend bekannt gemacht werden könnten und ob er als Gast an der Sitzung des Polizeieirates teilnehmen könnte, in dem über diese Themen beraten werde.

Da der Polizeibeirat nicht öffentliche tagt, sei eine Teilnahme nicht möglich, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Der Antrag ist nicht zur Abstimmung gekommen.

10.5. Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 10.02.2016: Postzustellung durch postcon

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass die Kreisverwaltung auch ohne Annahme des Antrages tätig wurde.

Er teilte jedoch mit, dass die Kreistagsabgeordneten nicht einzeln angeschrieben wer-

den.

Er fordert alle Kreistagsabgeordneten und die Fraktionsgeschäftsstellen auf, dem Kreistagsbüro mangelnde Zustellungen zu melden. Am besten sei es, den Briefumschlag zu übermitteln. Das Kreistagsbüro werde dann gebündelt Beschwerde bei postcon einlegen und das Gespräch aufsuchen um die Missstände zu beheben.

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich fragte nach, ob es möglich sei postcon bei der nächsten Ausschreibung auszuschließen.

Dies sei nicht möglich, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke und ergänzte, dass es früher auch bei der Deutschen Post Zustellungsprobleme gab. Dennoch sei das Problem nicht hinnehmbar und man versuche dies mit postcon zu klären.

KA/20160216/Ö10.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, dass die Kreisverwaltung sich dem Thema annehmen werde um die Problematik mit postcon zu klären.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11. Mitteilungen

11.1. Antwortschreiben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur u. Verbraucherschutz des Landes NRW auf das Schreiben des Rhein-Kreises Neuss vom 28.05.2015 zum Abfallwirtschaftsplan NRW; Teilplan Siedlungsabfälle

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die ausgelegte Tischvorlage und ergänzte, dass der Rhein-Kreis Neuss bezüglich des Abfallwirtschaftsplans NRW auf einem guten Weg sei.

12. Anfragen

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.02.2016: IT Sicherheit in den Kreiskrankenhäusern

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die als Tischvorlage ausgelegte Antwort.

12.2. Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 12.02.2016: Vermittlung von Minderjährigen an die Bundeswehr

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die als Tischvorlage ausgelegte Antwort.

12.3. Mündliche Anfrage der Kreistagsabgeordneten Frau Susanne Stephan-Gellrich der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen: Einsparpotenzial im Kreishaushalt

Protokoll:

Kreistagsabgeordnete Susanne Stephan-Gellrich teilte mit, dass Sie der Presse entnommen habe, dass die Kreisverwaltung weitere 1,2 Mio. € im Rahmen der Haushaltsplanungen einsparen konnte. Sie fragte daher nach, ob die 1,2 Mio. € bereits in der Änderungsliste zum Haushalt berücksichtigt wurden?

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass die Summe bereits in der Liste berücksichtigt wurde, der Kreis aber weiterhin bemüht sei, Einsparungen vorzunehmen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 18:57 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

Yvonne Brenner
Schriftführung

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	3
Niederschrift Kreisausschuss öffentlich	3
TV 1_Flüchtlingsbericht	19
TV 2_Antrag_Bündnis 90 Die Grünen-Die Linke_Tihange	23
TV 3_Antrag_CDU-FDP_Tihange	27
TV 4_Antrag_UWG-Die Aktive	31
TV 5_Antrag_UWG-Die Aktive_Schutz der Bürger	35
TV 6_Antrag_UWG-Aktive_postcon	39
TV 7_Antwortschreiben Ministerium	43
TV 8_Anfrage_Grüne_IT-Sicherheit KKH	47
TV 9_Anfrage_Die Linke_Vermittlung Minderjähriger an die Bundeswehr	51
Anlage 1_Vortrag RWE	55
Anlage 2_Vortrag RWE	67
Anlage 3_PM_Ministerium_Werkstoffforum_15.02.2016	95

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. II/1189/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Flüchtlingsbericht

Sachverhalt:

Aktuelle Zahlen der zugewiesenen Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss (Stand: 31.01.2016)

Die Anzahl der zugewiesenen Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss liegt zum 31.01.2016 bei insgesamt 4688 Personen. Hinzu kommen 3.597 Plätze zur Erstaufnahme in Erstaufnahmeeinrichtungen sowie Notunterkünften des Kreises und der Städte und Gemeinden.

Zum 31.01.2016 leben somit insgesamt etwa 8.285 Flüchtlinge im Rhein-Kreis Neuss.

Kommunen	Anzahl								Gesamt je Kommune
	Asylsuchende/Asylantragsteller § 2 Nr.1 FlüAG	davon unter 18 Jahren	Asylfolgeantragsteller § 2 Nr. 1a FlüAG	Aufenthaltsurlaubnis nach §24 AufenthG , § 2 Nr. 3 FlüAG	nach §23 Abs.1 AufenthG § 2	unerlaubt eingereiste nach § 15 AufenthG § 2 Nr. 4 FlüAG	umF, soweit nicht bereits bei Asyl- und Folgeantragstellern	andere Personen*	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Dormagen	696	203	15	0	0	0	1	0	712
Grevenbroich	625	33	0	0	0	0	0	111	736
Jüchen	268	**	11	0	0	1	0	76	356
Kaarst	741	208	31	0	0	0	6	0	778
Korschenbroich	563	**	21	0	0	0	0	106	690
Meerbusch	259	68	19	0	0	0	33	118	429
Neuss	652	**	9	0	10	0	79	0	750

Rommerskirchen	212	43	0	0	0	0	0	25	237
Gesamt	4016	555	106	0	10	1	119	436	4688

* Personen mit Anspruch auf Leistungen nach AsylbLG, Geduldete etc. ohne

Berücksichtigung nach FlüAG

** keine Angaben gemacht

Staatsangehörigkeite n:		Do	GV	Jü	Ka	Ko	MB	NE	Ro
Afghanistan:	271	**	40	**	75	56	29	54	17
Eritrea	62	**	13	**	16	11	9	11	2
Irak	353	**	59	**	74	52	12	104	52
Iran	116	**	43	**	17	15	11	25	5
Syrien	1035	**	206	**	215	210	72	251	81
Gesamt	1837								

Konzept zur Integration von Flüchtlingen

In der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 11. Februar 2016 hat die Kreisverwaltung die Erstellung angekündigt ein Kommunales Integrationskonzept zur Integration von Flüchtlingen für den Rhein-Kreis Neuss zu erstellen.

Die Integration von Flüchtlingen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ist eine der vordringlichen Herausforderungen, denen sich die Kommunen im Kontext des aktuellen Flüchtlingszustroms zu stellen haben. Mit dem Ziel, die Integration in Gesellschaft, Arbeitsmarkt, Schule und Kindergarten bestmöglich zu gewährleisten, erarbeitet die Kreisverwaltung mit den Städten und Gemeinden, Wohlfahrtsverbänden, Kammern, Arbeitsagentur und Job-Center, Bildungsträgern und weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft ein ganzheitliches Konzept zur Integration von Flüchtlingen im Rhein-Kreis Neuss. Das Kommunale Integrationskonzept (KIK) soll mit allen betroffenen Stellen der Verwaltung sowie weiteren betroffenen Akteuren abgestimmt und fortlaufend weiterentwickelt werden. Dabei soll auf das bereits bestehende und in 2013 beschlossene Integrationskonzept aufgebaut werden.

Kernpunkt soll dabei neben Sprach- und Integrationskursen, in denen auch das Basiswissen über das kulturelle und gesellschaftliche Leben vermittelt wird, eine zielgruppenorientierte, individuelle Integrationsförderung sein, die unmittelbar nach der Zuweisung in die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss mit einer Erfassung der sprachlichen, fachlichen und kognitiven Kompetenzen für alle Flüchtlinge ab dem Alter von 6 Jahren aus Ländern mit einer hohen Bleibeperspektive beginnt. Hiernach werden zielgruppenspezifisch und den individuellen Fähigkeiten angepasste Integrationsmaßnahmen durchgeführt.

Flüchtlinge unter 6 Jahren:

Ziel ist ein schnellstmögliches Erlernen der deutschen Sprache sowie die gesellschaftliche Integration durch den täglichen Umgang mit im Rhein-Kreis Neuss beheimateten und gleichaltrigen Kindern. Dies soll erreicht werden durch eine Beratung der Eltern mit Zielrichtung eines Kindergartenbesuches und die Vermittlung eines wohnortnahen Kindergartenplatzes.

Flüchtlinge im Alter von 6 – 18 Jahren bis zum Ende des Schulbesuches sowie unter 25 Jahren ohne Schulabschluss:

Ziel ist das Erlernen der deutschen Sprache und die gesellschaftliche Integration durch den täglichen Umgang mit im Rhein-Kreis Neuss beheimateten und gleichaltrigen Jugendlichen

sowie das Erlangen eines Schulabschlusses und die Eröffnung einer unmittelbaren Anschlussperspektive für Berufsausbildung oder Studium. Auf Grundlage der Eignungsfeststellung soll eine passgenaue, wohnortnahe Schulzuweisung erfolgen. Der Schulunterricht wird durch ergänzende Deutsch- und Integrationskurse unterstützt. Eine Berufsorientierung erfolgt im Rahmen der durch die Schule durchgeführten Maßnahmen. Auch soll der Kinder- und Jugendschutz berücksichtigt werden.

Erwerbsfähige Flüchtlinge ohne Schulpflicht bis zum Alter von 35 Jahren:

Ziel ist das Erlernen der deutschen Sprache, der Erwerb einer Ausbildung bzw. die Anerkennung eines schon erworbenen Berufsabschlusses einschließlich eventuell erforderlicher Qualifizierungen und die Integration in den Arbeitsmarkt und eine damit einhergehende Sicherstellung des Lebensunterhaltes ohne unterstützende Sozialleistungen. Hierzu sollen individuell an den Vorkenntnissen orientierte Maßnahmen zur Berufsorientierung, fachpraktischen Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung in Betrieben angeboten werden (Duale Integrationsausbildung). Die Maßnahmen sollen in enger Kooperation mit der Wirtschaft und möglichst begleitet durch Praktika durchgeführt werden. Dabei werden insbesondere Berufsbilder mit einem hohen Fachkräftebedarf in den Fokus genommen.

Erwerbsfähige Flüchtlinge im Alter über 35 Jahren:

Ziel ist das Erlernen der deutschen Sprache, die Anerkennung eines schon erworbenen Berufsabschlusses und die Integration in den Arbeitsmarkt und möglichst eine damit einhergehende Sicherstellung des Lebensunterhaltes ohne unterstützende Sozialleistungen. Hierzu sollen Flüchtlinge über fachpraktische Erprobungen, Praktika, AGH und Qualifizierungen unter Einbindung der Wirtschaft in Arbeitsverhältnisse vermittelt werden. Dabei werden insbesondere Berufsbilder mit einem hohen Fachkräftebedarf in den Fokus genommen.

Nicht Erwerbsfähige Flüchtlinge (Personenkreis des 3. Kapitel SGB XII):

Ziel ist die gesellschaftliche Integration sowie die Erlangung der Erwerbsfähigkeit. Hierzu sollen neben Sprach- und Integrationskursen bei Erfolgsaussicht auch Beratungen und Maßnahmen zur Erlangung der Erwerbsfähigkeit durchgeführt werden.

Nicht Erwerbstätige Frauen:

Zusätzlich zu den Maßnahmen für nicht erwerbsfähige Flüchtlinge soll über die Rolle der Frau in der Gesellschaft aufgeklärt und bei den Maßnahmen zur Erlangung der Erwerbsfähigkeit ein besonderer Schwerpunkt auf Kinderbetreuung und berufliche Perspektiven gelegt werden.

Wohnungsbau:

Von besonderer Bedeutung für eine gelungene gesellschaftliche Integration ist die ausreichende Versorgung der Flüchtlinge mit Wohnraum, die so organisiert sein soll, dass Segregation vermieden wird. Hierfür ist es erforderlich in der Zuzugsregion Rhein-Kreis Neuss quartiersverträglichen, nachhaltigen zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

Sport:

Sportvereine tragen erheblich zur sozialen Integration bei. Die Vereine sollen dabei unterstützt werden, Flüchtlinge bestmöglich in ihr Vereinsleben und ihre Sportangebote zu integrieren.

Kultur:

Flüchtlingen soll die Möglichkeit eröffnet werden, sich am kulturellen Leben zu beteiligen. Hierzu sollen zielgruppenspezifische Angebote entwickelt werden.

Interreligiöser Dialog:

Ziel ist ein gleichberechtigter, respektvoller Umgang mit allen Religionen. Hierzu soll der Dialog zwischen den Gemeinden befördert und Flüchtlinge hierbei eingebunden werden.

Notunterkunft BBZ Grevenbroich

Die Laufzeit der durch den Rhein-Kreis Neuss im Auftrag des Landes betriebenen Notunterkunft in den Turnhallen des BBZ Grevenbroich hat sich bis zum 31.03.2016 verlängert, da das Land die Beauftragung nicht bis einen Monat vor dem ursprünglichen Laufzeitende am 28. Februar gekündigt hat. Der Rhein-Kreis Neuss hat gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet, die eine Notunterkunft betreiben, die Bezirksregierung Düsseldorf gebeten, verbindliche Rückgabedaten festzulegen um Planungssicherheit zu haben. Dabei soll die Funktion der Notunterkunft am BBZ als Drehscheibe Berücksichtigung finden. Eine Rückmeldung steht noch aus.

Bis dahin verlängert sich die Laufzeit weiter monatlich, sofern die Beauftragung nicht bis einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Beschlussempfehlung:

Der Kreisschluss nimmt den Flüchtlingsbericht zur Kenntnis.

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1191/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vom
04.02.2016: Schrottreaktoren in Tihange und Doel entgeltliche stilllegen -
Klage der Städteregion Aachen beitreten**

Anlagen:

Antrag_Bündnis 90/Die Grünen-Die Linke



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax +49 2181 6012400



FRAKTIONEN IM RHEIN-KREIS NEUSS

c/o
Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de



Neuss, 4. Februar 2016
Erhard Demmer / H. C. Markert, MdL / R.D.M.

Schrottreaktoren in Tihange und Doel endgültig stilllegen – Klage der Städteregion Aachen beitreten

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, unseren nachstehenden Antrag als Tagesordnungspunkt der Sitzung des
Kreisausschusses am 16. Februar 2016 aufzunehmen:

Der Kreisausschuss des Rhein-Kreises Neuss möge beschließen:

- 1) Der Kreisausschuss bittet die Kreisverwaltung, sich gegenüber der belgischen Staatsregierung und dem Betreiber der Anlagen für die schnellstmögliche und endgültige Stilllegung der atomaren Schrottreaktoren in Tihange und Doel einzusetzen.
- 2) Der Kreisausschuss begrüßt, dass die Städteregion Aachen nunmehr auch mit rechtlichen Mitteln die schnellstmögliche und endgültige Stilllegung des belgischen Atomreaktors in Tihange 2 erreichen will.
- 3) Vor diesem Hintergrund spricht sich der Kreisausschuss dafür aus,
 - a) dieser Klage beizutreten und
 - b) gegenüber dem Kreistag mit Blick auf die von den genannten Reaktoren ausgehenden Gefahren für die hiesige Bevölkerung das Katastrophenschutz-Konzept darzulegen.

Begründung:

Von den genannten Atomkraftwerken geht eine offensichtliche Gefährdung auch der hiesigen Bevölkerung aus. Die Informationspolitik der belgischen Betreiber ist unzureichend. Insofern sollte der Klage der Städte-Region beigetreten werden.
Ende 2015 hat die belgische föderale Nuklearaufsichtsbehörde AFCN das Hochfahren der AKW-Blöcke Doel 3 (bei Antwerpen) und Tihange 2 (in der Nähe von Lüttich, 60 km westlich von Aachen) dem Betreiber Electrabel genehmigt. Aufgrund von tausenden Rissen in den Reaktorbehältern waren die beiden Reaktoren im März 2014 abgeschaltet worden.
Inzwischen vertritt die AFCN die abenteuerliche Auffassung, die Risse seien keine Gefahr für die Sicherheit der Reaktoren und hat das Wiederaufahren unterstützt. Selbst Atomkraftbefürworter halten das für unverantwortlich.

Die Argumentation der AFCN überzeugt angesichts der langen Serie von Sicherheitspannen, Notabschaltungen und anderen Störfällen in belgischen Atomkraftwerken nicht. In den letzten Wochen ist es erneut zu einer ganzen Serie von Pannen und Störfällen gekommen, die zu mehreren vorübergehenden Abschaltungen der genannten Reaktoren bzw. einzelner Blöcke geführt haben.

Offensichtlich geht von den beiden sehr betagten Reaktoren – Kritiker sprechen in diesem Zusammenhang von Schrottreaktoren – eine fortlaufende Gefahr für die Bevölkerung im Umkreis der Anlagen aus – auch für die Menschen im Rhein-Kreis Neuss. Atomare Strahlung kennt keine Grenzen. Angesichts einer häufigen West- bzw. Südwestwind-Lage wäre auch unser Kreis binnen Stunden von einer radioaktiven Verstrahlung betroffen.

Sorgen bereiten zudem die mangelnde Transparenz und der schleppende Informationsfluss seitens der Betreiber der Anlage. Auch darauf ist die Klage gerichtet.

Angesichts der relativen Nähe des Rhein-Kreises Neuss sollte unser Kreis jederzeit auf einen atomaren Unfall vorbereitet sein. Eine Katastrophenschutz-Übung in der Städteregion Aachen hat im vergangenen Jahr gezeigt, dass die Region einen schwerwiegenden Atom-Unfall weder logistisch noch mit Blick auf die medizinische Versorgung der betroffenen Bevölkerung zu bewältigen im Stande wäre. Nach Auskunft des nordrhein-westfälischen Innenministeriums sind ähnliche Probleme in anderen Kreisen des Landes auch zu erwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen

gez. Hans Christian Markert, MdL
Kreistagsabgeordneter

Kirsten Eickler
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1192/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der CDU und FDP Kreistagsfraktion vom 11.02.2016:
Landesregierung in NRW muss Gefährdung durch die unsicheren
Kernkraftwerke Tihange und Doel ernst nehmen**

Anlagen:

Antrag _CDU und FDP Kreistagsfraktion

An
Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

11. Februar 2016

Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 16. Februar 2016**Landesregierung in NRW muss Gefährdung durch die unsicheren
Kernkraftwerke Tihange und Doel ernst nehmen**

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 16. Februar 2016 zu setzen.

Antrag

Der Kreisausschuss:

- bittet den Landrat des Rhein-Kreises Neuss, die nordrhein-westfälische Landesregierung aufzufordern, mit der belgischen Regierung zu einem Abkommen zu gelangen, das für den nuklearen Ernstfall ein länderübergreifendes Katastrophenschutzkonzept festlegt;
- bittet den Landrat des Rhein-Kreises Neuss, die Landesregierung aufzufordern, Gespräche mit der belgischen Regierung zu intensivieren, mit dem Ziel, die vollständige Abschaltung der Kernkraftwerke Tihange und Doel zu erreichen;
- begrüßt die Initiative der Städteregion Aachen, sich für eine unverzügliche und dauerhafte Abschaltung des belgischen Kernkraftwerks Tihange im Wege einer Klage einzusetzen.

-1-

Begründung

Ältere und störanfällige Kernkraftwerke – wie das belgische Tihange 2 und Doel 3 – stellen im Ernstfall ein Risiko für die Bevölkerung dar. Dieses Risiko macht an Landesgrenzen nicht halt. Die Kernkraftwerke Tihange und Doel stellen damit eine Gefährdung auch für die Menschen im weiteren nordrhein-westfälischen Grenzgebiet zu Belgien dar.

Im Falle einer nuklearen Störung wären womöglich auch der Rhein-Kreis Neuss und seine Bürgerinnen und Bürger betroffen.

Die Medienberichte über technische Pannen und Störfälle in Tihange und Doel haben viele Menschen in Nordrhein-Westfalen verunsichert. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht transparent informiert, wer bei einem Störfall die Koordinierung übernimmt und wie die Katastrophenpläne für den Ernstfall aussehen.

Da im nuklearen Ernstfall nicht nur der Rhein-Kreis Neuss, sondern weite Teile Nordrhein-Westfalens betroffen wären, muss die Landesregierung unverzüglich ein länderübergreifendes Katastrophenschutzkonzept – im Rahmen eines Abkommens mit der belgischen Regierung – festlegen.

Um eine Gefährdung der Bevölkerung im Rhein-Kreis Neuss, aber auch in ganz Nordrhein-Westfalen, durch unsichere, ältere Kernkraftwerke auszuschließen, muss die Landesregierung mit der belgischen Regierung Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, die vollständige Abschaltung der Kernkraftwerke Tihange und Doel zu erreichen.

Die Städteregion Aachen hat am 02. Februar 2016 einstimmig eine Klage gegen das störanfällige Kernkraftwerk Tihange beschlossen. Der Rhein-Kreis Neuss begrüßt diese Initiative der Städteregion Aachen, da sie ebenfalls das Ziel verfolgt, das unsichere Kraftwerk vollständig abzuschalten.

Mit freundlichen Grüßen



Dieter W. Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Bijan Djir-Sarai
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

-2-

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1194/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016:
Einberufung der Arbeitsgruppe "Interkommunale Zusammenarbeit"**

Anlagen:

Antrag UWG/Die Aktive

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive -Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An den Landrat
Herrn
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

Neuss, den 09.02.2016

Einberufung der Arbeitsgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Kreisausschuss am 16.02.2016 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

Der Kreisausschuss beschließt, dass die Arbeitsgruppe „**Interkommunale Zusammenarbeit**“ kurzfristig einberufen wird.

Begründung:

Im Jahr 2013 wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ beschlossen, die Projekt-/anlassbezogen ad hoc zusammentreten soll.

Zurzeit wird der Kreishaushalt 2016/2017 beraten.

Daher bitten wir um eine kurzfristige Einberufung der Arbeitsgruppe, damit die Verwaltung einen Sachstandsbericht der letzten beiden Jahre abgeben kann und weitere Ideen mit der Politik diskutiert werden können.



Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1195/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 09.02.2016: Konzept zum Schutz der Bürger

Anlagen:

Antrag_UWG/Die Aktive

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive - Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An den Landrat
Herrn
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

Neuss, den 09.02.2016

Konzept zum Schutz der Bürger

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Kreisausschuss am 16.02.2016 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

Aufgrund der angestiegenen Kriminalität und Beunruhigung der Bürger werden der Landrat als Chef der Polizeibehörde im Rhein-Kreis Neuss und alle Mitglieder der Kreistagsfraktionen, insbesondere im Polizeibeirat oder anderen betroffenen Einrichtungen, darum gebeten, darauf hinzuwirken das folgende Punkte geprüft und wenn möglich schnellstens umgesetzt werden:

- Mehr Präsenz der Polizei in den Städten und Gemeinden
- Polizeibeamte von Verwaltungstätigkeiten entbinden, z.B. durch Formblätter und Bearbeitung durch Verwaltungsmitarbeiter
- Einsätze bei Ruhestörung oder Gaststättenkontrollen sollen durch die Ordnungsdienste erledigt werden
- Radstaffeln
- Mehr Videoüberwachung an kritischen Orten
- mit allen Kommunen ein umsetzbares Konzept erarbeiten, um den Schutz der Bürger und Bürgerinnen im Rhein-Kreis Neuss zu verbessern
- Bessere Ausstattung der Polizei
- Personelle Aufstockung der Polizeibeamten

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

-2-

Begründung:

Nicht nur Einbrüche in Eigenheimen und Wohnungen nehmen zu, sondern auch der fast schon alltägliche Raub auf unseren Straßen ist bedenklich angestiegen.

Aufgrund dieser stetig ansteigenden Kriminalität halten wir eine verstärkte sichtbare Präsenz der Polizei in unseren Stadt- und Ortsteilen im Rhein-Kreis Neuss für unerlässlich.

Dies wäre nur eine Facette in einem nach Meinung der UWG/Die Aktive neu zu entwickelnden Konzept für den Schutz der Bevölkerung.

Das berechnete Sicherheitsbedürfnis der Bürger macht eine Umstrukturierung der Polizeiarbeit nötig.

Natürlich ist hier auch die Landes- und Bundespolitik gefordert, entsprechende Schutzmaßnahmen einzuleiten. Es ist nicht einzusehen, dass für die Verkehrsüberwachung (Blitzmarathon) Kräfte eingesetzt werden, aber zum besseren Schutz der Bürger nicht mehr Kräfte vorhanden sind.

Das dies nicht ohne eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei möglich ist, darf nicht dazu führen, dem Treiben von Dieben, Einbrechern und anderen Straftätern ohne erkennbare Gegenwehr zuzusehen.

Maßnahmen, die zur Reduzierung der Straftaten führen sind unerlässlich und werden von den Bürgern erwartet.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Thiel
Fraktionsvorsitzender

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 010/1196/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antrag der UWG/Die Aktive Kreistagsfraktion vom 10.02.2016:
Postzustellung durch postcon**

Anlagen:

Antrag_UWG/Die Aktive

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive - Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An den Landrat
Herrn
Hans-Jürgen Petrauschke
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

Neuss, den 10.02.2016

Postzustellung durch postcon

Sehr geehrter Herr Landrat,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Kreisausschuss am 16.02.2016 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei allen Kreistagsabgeordneten abzufragen, wie zuverlässig die Zustellung der Post durch Postcon in den letzten Monaten erfolgt ist.

Bei negativer Auskunft müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, damit die Post wieder regelmäßig und fristgerecht zugestellt wird und weitere Schritte geprüft werden.

Begründung:

Seit Monaten erfolgt die Zustellung der Post durch Postcon bei den Mitgliedern der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive unregelmäßig bis gar nicht!

Die Fraktion hat sich auf allen möglichen Ebenen darüber beschwert und auch etliche Beispiele schriftlich u.a. der Verwaltung und Postcon vorgelegt.

Für eine gewisse Zeit wurde die Post an den Unterzeichner über die Deutsche Post zugestellt. Dies klappte hervorragend. Leider war dies nur von kurzer Dauer.

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

-2-

Die Post kommt entweder Tage später oder wird erst gar nicht zugestellt, wie z.B. die letzten Einladungen u.a. für den Kreisausschuss. Diese haben die Geschäftsstelle und der GF mal wieder nicht erhalten.

Diese Zustände sind nicht weiter hinnehmbar und daher muss sofort gehandelt werden!

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Thiel
Fraktionsvorsitzender

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. V/1207/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

**Antwortschreiben des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur u. Verbraucherschutz des Landes NRW auf das
Schreiben des Rhein-Kreises Neuss vom 28.05.2015 zum
Abfallwirtschaftsplan NRW; Teilplan Siedlungsabfälle**

Anlagen:

Antwortschreiben_Ministerium



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40150 Düsseldorf

Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petruschke
Rhein-Kreis Neuss
Oberstraße 91
41460 Neuss

14.08.2015
15.02.2016

09.02.2016
Seite 1 von 3
Aktuellzeichen IV-3/IV-2-844.07
bei Antwort bitte angeben

Frau Reppold
Telefon: 0211 4566-343
Telefax: 0211 4566-946
reppold@mkulnv.nrw.de

Abfallwirtschaftsplan NRW, Teilplan Siedlungsabfälle

Ihr Schreiben vom 28.05.2015 (Az.: 68.3-08/05-04)
Ministerschreiben vom 02.07.2015 (Az.: IV-3/IV-2-844.07)
Besprechung am 26.08.2015 im MKULNV

Sehr geehrter Herr Landrat Petruschke,

mit Ihrem o. g. Schreiben hatten Sie sich an Herrn Minister Remmel gewandt mit der Bitte um Prüfung, ob das Entsorgungskonzept des Rhein-Kreises Neuss mit dem neuen Abfallwirtschaftsplan für Siedlungsabfälle vereinbar ist.

Am 26. August 2015 hat zunächst eine Besprechung auf Arbeitsebene mit Vertretern Ihres Hauses im MKULNV stattgefunden. Dieses Gespräch diente der Vorstellung und Erörterung des zukünftig beabsichtigten Entsorgungskonzeptes des Rhein-Kreises Neuss. Dieses sieht vor, dass die aus Haushalten stammenden Restabfälle (ca. 120.000 t/a) zunächst in einer Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) auf der Deponie Neuss-Grefrath mechanisch und biologisch behandelt werden. Die Abfälle sollen unter dem Abfallschlüssel 20 03 01 an die WSAA angeliefert werden. Der in Abfallverbrennungsanlagen zu entsorgende Output der WSAA soll unter dem Abfallschlüssel 19 12 12 (Abfälle aus der mechanischen Behandlung von Abfällen) geführt werden.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Schwanenstr. 3
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mkulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U76 und U79
Haltestelle Krefeld-Grefrath
Buslinie 721 (Flughafen) und 722
(Messe) Haltestelle Frankenplatz

15. FEB. 2016

Am 31. August 2015 fand eine öffentliche Anhörung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ausschusses für Kommunalpolitik zum Entwurf des Abfallwirtschaftsplans statt, an der auch der Umweltdezernent des Rhein-Kreises Neuss, Herr Karsten Mankowski, als Redner teilgenommen hat. Aufgrund der Auswertung dieser Anhörung wurde von der SPD-Landtagsfraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen u. a. eine Änderung des Zuschnitts der Entsorgungsregionen angeregt.

Ende des Jahres 2015 haben der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Kommunalpolitik und der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk das Benehmen zu einem aufgrund der Anhörung überarbeiteten Entwurf des Abfallwirtschaftsplans erklärt.

Dieser überarbeitete Entwurf weist nunmehr drei Entsorgungsregionen aus. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger haben sich für die Behandlung der gemischten Siedlungsabfälle (ASN 20 03 01), die ihnen überlassen werden, der innerhalb der Regionen jeweils vorhandenen Hausmüllverbrennungsanlagen und/oder mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen zu bedienen.

Aufgenommen wurde ein Hinweis, dass durch den Abfallwirtschaftsplan eine Sortierung und/oder Aufbereitung in mechanischen Abfallbehandlungsanlagen innerhalb der jeweiligen Entsorgungsregion nicht ausgeschlossen wird. Für den Fall einer mechanischen Vorbehandlung von Restabfällen ist jedoch sicherzustellen, dass ein möglichst großer Teil des Outputs einer stofflichen oder einer hochwertigen energetischen Verwertung, z. B. als gütegesicherter Sekundärbrennstoff, zugeführt werden kann. Auch Abfälle aus der mechanischen Abfallbehandlung sollten möglichst entstehungsnahe entsorgt werden. Bei der Ausschreibung und Vergabe von Entsorgungsdienstleistungen ist daher z. B. die Transportentfernung als umweltbezogenes Vergabekriterium mit entsprechend deutlicher Gewichtung zu berücksichtigen.



Sofern das Entsorgungskonzept des Rhein-Kreises Neuss in der von den Vertretern des Kreises anlässlich der Besprechung am 28. August 2015 dargestellten Weise umgesetzt werden sollte, dürfte von dessen Vereinbarkeit mit dem neuen Abfallwirtschaftsplan für Siedlungsabfälle auszugehen sein.

Die Bekanntmachung des Abfallwirtschaftsplans wird voraussichtlich Ende Februar 2016 erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Gerhard Odenkirchen

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 540/1198/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12.02.2016: IT Sicherheit in den Kreiskrankenhäusern

Sachverhalt:

Die Anfrage der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen zur IT-Sicherheit in den Kreiskrankenhäusern wird wie folgt beantwortet:

1. Die Rhein-Kreises Neuss –Kliniken sind regelmäßig von Hacker-Angriffen betroffen. Der Umfang dieser Angriffe ist in der letzten Zeit deutlich angewachsen.
2. Seit dem letzten Jahr wird die Überwachung eingehender Kommunikation verstärkt betrieben. Die Nutzung des Internets in den Rhein-Kreises Neuss –Kliniken unterliegt Beschränkungen in Bezug auf den Zugang zum Internet und die Möglichkeiten von Downloads. Dazu gehört auch, dass die Weiterleitung von E-Mails mit Dateianhängen unterbunden wird und der Empfänger entsprechender Nachrichten beim Absender eine sichere Datei anfordern kann. Zur Vermeidung einer kompletten Inbetriebnahme der IT im Krankenhaus in einem möglichen Schadenfall, bauen die Rhein-Kreises Neuss –Kliniken die Segmentierung des Netzwerkes mit zusätzlichen Überwachungs- und Abschottungsmechanismen aus.
3. Die Rhein-Kreises Neuss –Kliniken verwenden noch Systeme mit dem Betriebssystem Windows XP. Dies ist – wie auch in der Wirtschaft – für den Betrieb der Anlagen immer noch erforderlich. Es ist angestrebt, die auf Windows XP basierender Betriebssysteme weitestgehend bis Mitte des Jahres auszutauschen. Grundsätzlich gilt, dass Betriebssysteme, die auf der Basis von Windows XP laufen, nur innerhalb des geschützten Systems mit doppeltem Firewall- und Virenschutz betrieben werden und diese Systeme keinen direkten Zugang zum Internet haben.

Anlagen:

Anfrage Bündnis 90/ Die Grünen: IT-Sicherheit KKH

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Landrat
Hans-Jürgen Petrauschke

Fax + 2181 6012400

FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Neuss, 12. Februar 2016
Erhard Demmer / Renate Dorner-Müller

IT Sicherheit in den Kreiskrankenhäusern

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

in dem wir uns auf die heutige Presseberichterstattung zum Lukaskrankenhaus in Neuss beziehen, bitten wir Sie, in der Sitzung des **Kreisausschusses am 16. Februar 2016** um Beantwortung unserer nachstehenden Fragen:

1. Sind auch Kreiskrankenhäuser von "Hacker-Attacken" betroffen?
2. Wenn ja: Welche Maßnahmen sind ergriffen worden?
Wenn nein: Welche Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um solche Angriffe abzuwehren?
3. Welche Häuser nutzen noch Windows XP?
(Hinweis: Das System enthält massive Sicherheitslücken)
Welche Maßnahmen sind geplant, um diese Lücken zu schließen?

Wir bedanken uns im Voraus und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. ZS5/1199/XVI/2016

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	16.02.2016	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Anfrage der Kreistagsfraktion Die Linke vom 12.02.2016: Vermittlung von Minderjährigen an die Bundeswehr

Anlagen:

Anfrage Die Linke_ Bundeswehrvermittlung Minderjährige

Kirsten Eickler

Fraktionsvorsitzende

DIE LINKE.Kreistagsfraktion Rhein-Kreis Neuss

Fesserstr. 21

Neuss 41462

Telefon 0178 1659088

kirsten.eickler@dielinke-rhein-kreis-neuss.de

PGP: 0X100B55D1

DIE LINKE.Kreistagsfraktion RKN, Fesserstr. 21, 41462 Neuss

Landrat des Rhein-Kreis Neuss

Herrn Hans-Jürgen Petrauschke

Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich

- per Email -

Betreff: Vermittlung von Minderjährigen an die Bundeswehr

Neuss, den 12.01.2016

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

wir bitten Sie um die Beantwortung folgender Fragen, in der Sitzung des Kreisausschusses am 16.Februar 2016.

1. Wieviele erwerbslose Minderjährige wurden durch das Jobcenter, in den letzten 12 Monaten, an die Bundeswehr vermittelt?
2. Wurden Sanktionen verhängt wenn eine Vermittlung an die Bundeswehr abgelehnt wurde?

Mit freundlichen Grüßen



Kirsten Eickler
Fraktionsvorsitzende

Aktuelle Entwicklungen und Zukunft der Braunkohle

Kreisausschusssitzung Rhein-Kreis Neuss

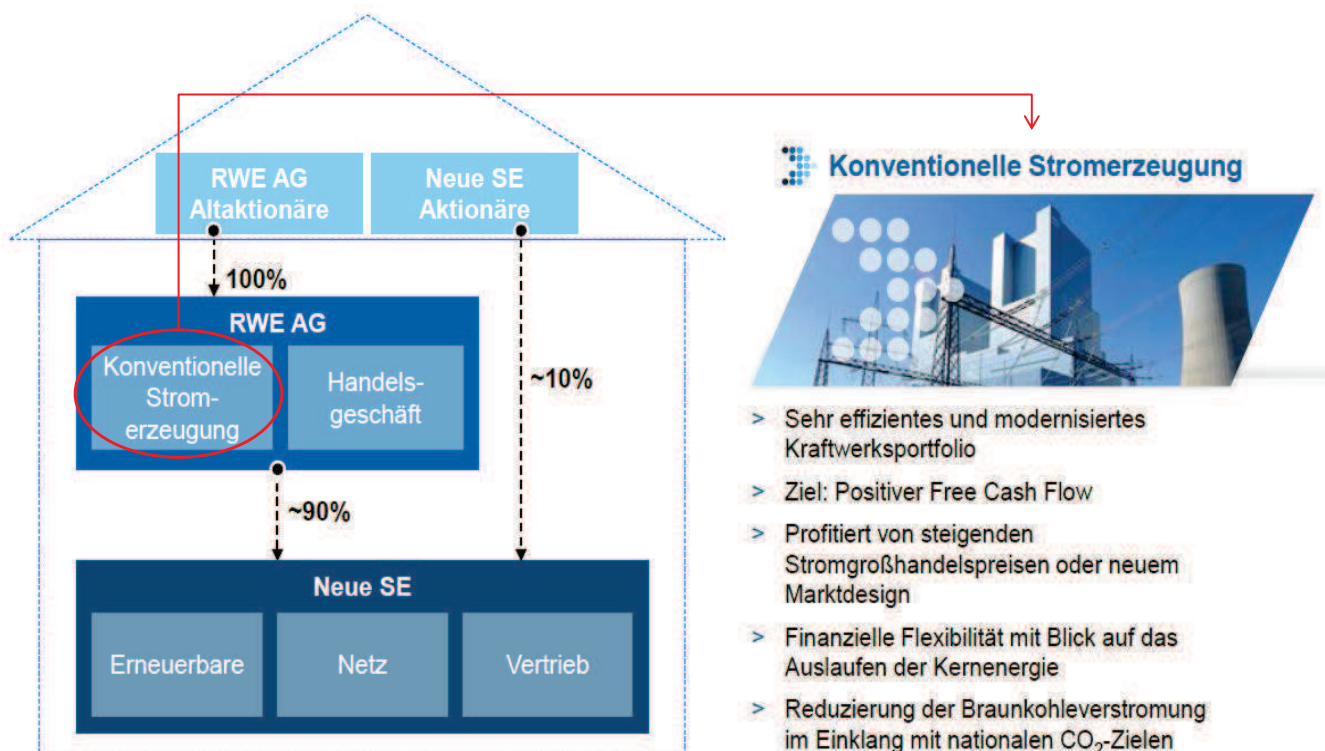
16. Februar 2016, Neuss

Michael Eyll-Vetter, Bergbauplanung



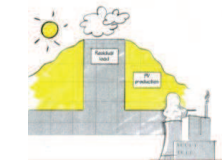
VORWEG GEHEN

RWE reagiert – zwei starke Unternehmen unter einem Dach

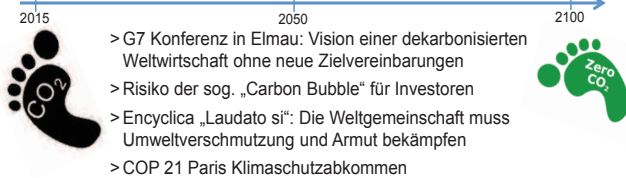


Verschiedene Prozesse beeinflussen die Braunkohle

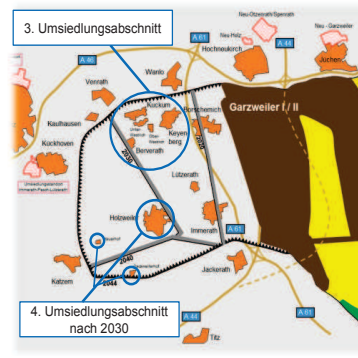
CO₂-Reduzierung



- > Konventionelle Erzeugung entwickelt sich zum effizienten Grundlast- **und** Kapazitätsanbieter
- > Dies bedeutet keinen Gegensatz zu CO₂-neutralen Zukunftsplänen bis 2100
- > Herausforderung bleibt der Zukunftspfad des konventionellen Stromerzeugungsgeschäfts über die nächsten 30-40 Jahre

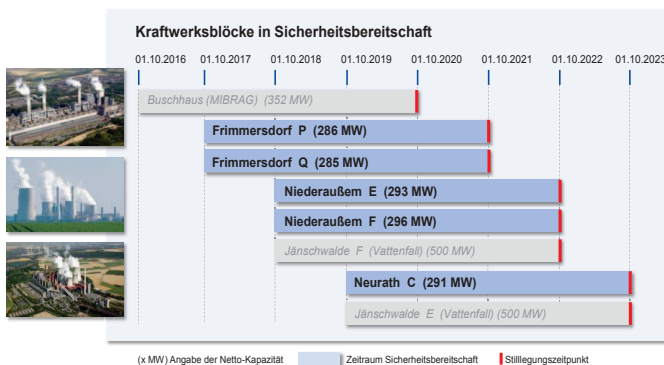


Leitentscheidung



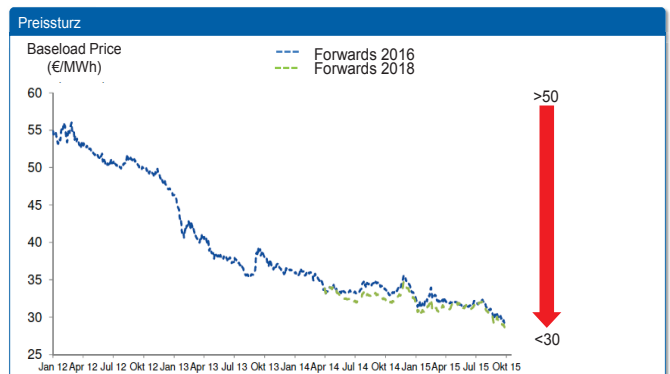
- ### Leitentscheidung Garzweiler
- Entwurf der Leitentscheidung bestätigt energiepolitische Notwendigkeit der Braunkohle auch nach 2030
 - Aber in geringerem Maße als bislang: Auf die Umsiedlung des Ortsteils Holzweiler, den Siedlungssplitter Dackweiler und den Hauerhof soll verzichtet werden
 - Sicherheitslinie auf 400 m vergrößert
- ### Sachstand:
- Entwurf der Leitentscheidung am 29.09.2015 vorgestellt
 - Onlinebeteiligung ist erfolgt bis zum 08.12.2015
 - Fertigstellung geplant für Frühjahr 2016

Sicherheitsbereitschaft



VORWEG GEHEN

Strompreisverfall



RWE Power AG

Seite 3

Wir gestalten Klimaschutz mit der Braunkohle

- Bis 2020 gehen 5 Kraftwerksblöcke in die Sicherheitsbereitschaft
→ CO₂-Emissionen werden um ~ 15% gesenkt
- Gegen 2030 geht das Kraftwerk Weisweiler mit der planmäßigen Auskohlung des Tagebaus Inden vom Netz
→ CO₂-Emissionen werden um weitere ~ 20% gesenkt
- 2020 – 2030 bestehen weitere Optionen zur CO₂-Senkung durch:
 - Effizienzsteigerung durch Bau von BoAplus
 - Lastsenkungen der Kraftwerke
 - Stilllegung weiterer 300 MW Blöcke
 → CO₂-Emissionen werden um weitere ~5-15% gesenkt

- Insgesamt werden die CO₂-Emissionen aus der Braunkohle bis etwa 2030 um 40-50% reduziert!
- Kein anderer Sektor leistet solch einen Beitrag zum Klimaschutz

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

Seite 4

Wir behalten als Grundlaststromerzeuger, Rückversicherer der Stromerzeugung und in der Veredelung unseren Platz

- Bis 2022 gehen sämtliche Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz (11,4 GW gesicherte Leistung)
- Strompreise können mittelfristig steigen und/oder Kapazitätsmärkte eingeführt werden
- Unsere Kraftwerke können jetzt schon flexibel auf die Einspeisung der erneuerbaren Energien reagieren
- Veredelung wird als stabiles Geschäftsfeld bestehen bleiben
- Stoffliche Nutzung mit Braunkohle als Chemierohstoff bietet weitere Perspektiven

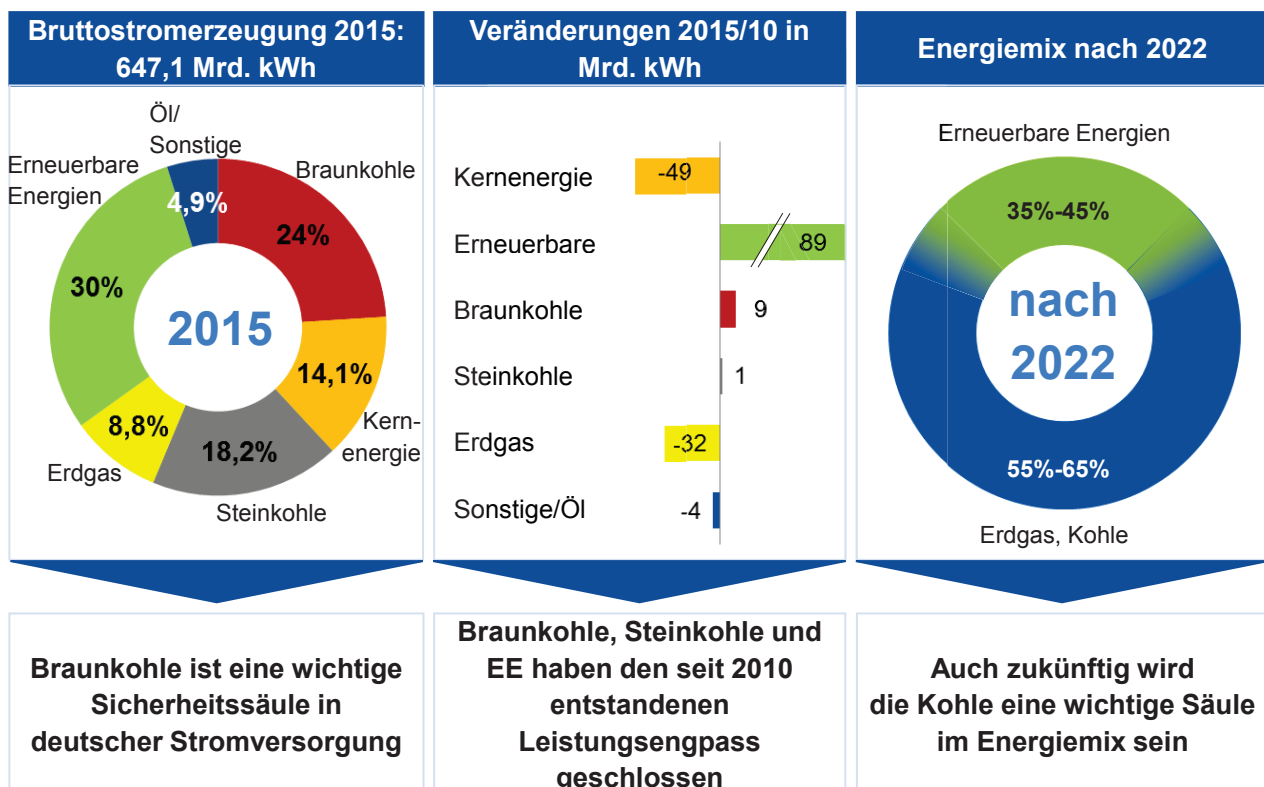
- ▶ Erneuerbare können keine Versorgungssicherheit garantieren
- ▶ Angebot an gesicherter Leistung sinkt mittelfristig – Chance für die Braunkohle

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

Seite 5

Stromerzeugung 2015 – Braunkohle ist weiter wichtig

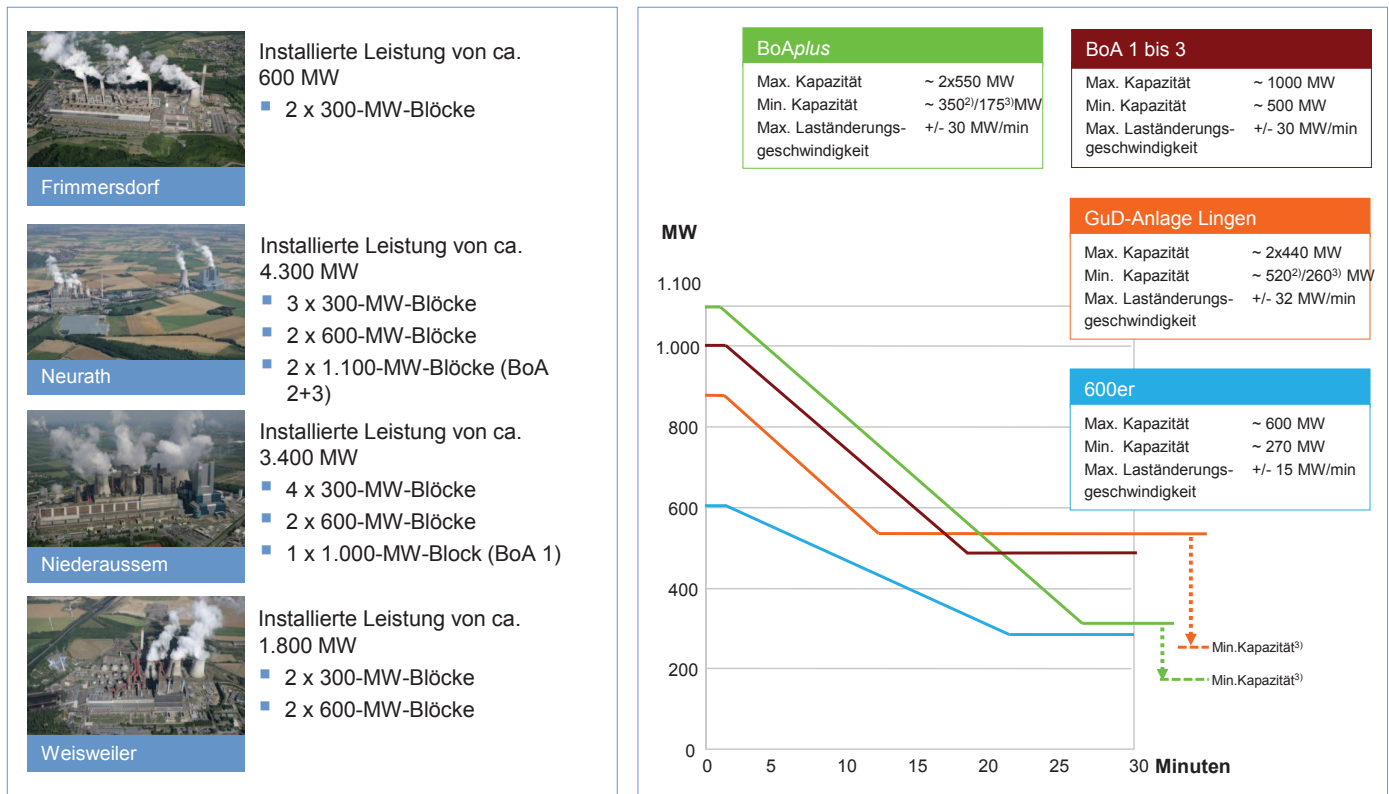


VORWEG GEHEN

RWE Power AG

Seite 6

Installierte Kraftwerkskapazität von ~ 10 GW* liefert wesentlichen Beitrag zur sicheren, kostengünstigen und flexiblen Stromversorgung



VORWEG GEHEN

* beeinflusst durch BMWi
Sicherheitsbereitschaft

RWE Power AG

SEITE 7

Stilllegung von 2,7 GW ist ein starker Einschnitt – aber Strukturbruch konnte verhindert werden

Kombination diverser Maßnahmen soll Minderungsbeitrag von 22 Mio. t CO₂ gewährleisten

> Stilllegung von Braunkohlenkraftwerksblöcken in einem Umfang von 2,7 GW:

- Ab 2017 schrittweiser Transfer der ausgewählten Kraftwerksblöcke in die Sicherheitsbereitschaft (für vier Jahre) – keine weitere Teilnahme am Strommarkt
- Nach Ablauf ihrer Zeit in der Sicherheitsbereitschaft werden Kraftwerksblöcke stillgelegt
- Betreiber erhalten eine erlösorientierte Vergütung, die über Strompreis finanziert werden soll
- Einsparungen bis 2020 (Überprüfung in 2018):

12,5 Mio. t CO₂/a

Weitere Maßnahmen

> Reform der KWK-Förderung:

- Finanziert durch eine erhöhte KWK-Umlage; als Entschädigung ist eine Entfristung der EEG-Umlagenbefreiung für die industrielle KWK-Eigenstromversorgung geplant
- Einsparungen bis 2020:

4 Mio. t CO₂/a

> Weitere Effizienzmaßnahmen:

- Gebäudesektor, Kommunen, Industrie, Schienenverkehr, Förderung: 1,16 Mrd. €
- Einsparungen bis 2020:

5.5 Mio. t CO₂/a

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 8

5 x 300 MW im Revier betroffen: RWE Generation trägt so 1.500 MW bei

Voraussichtliche Zeitplanung



X bereits endgültig stillgelegt

■ in Betrieb

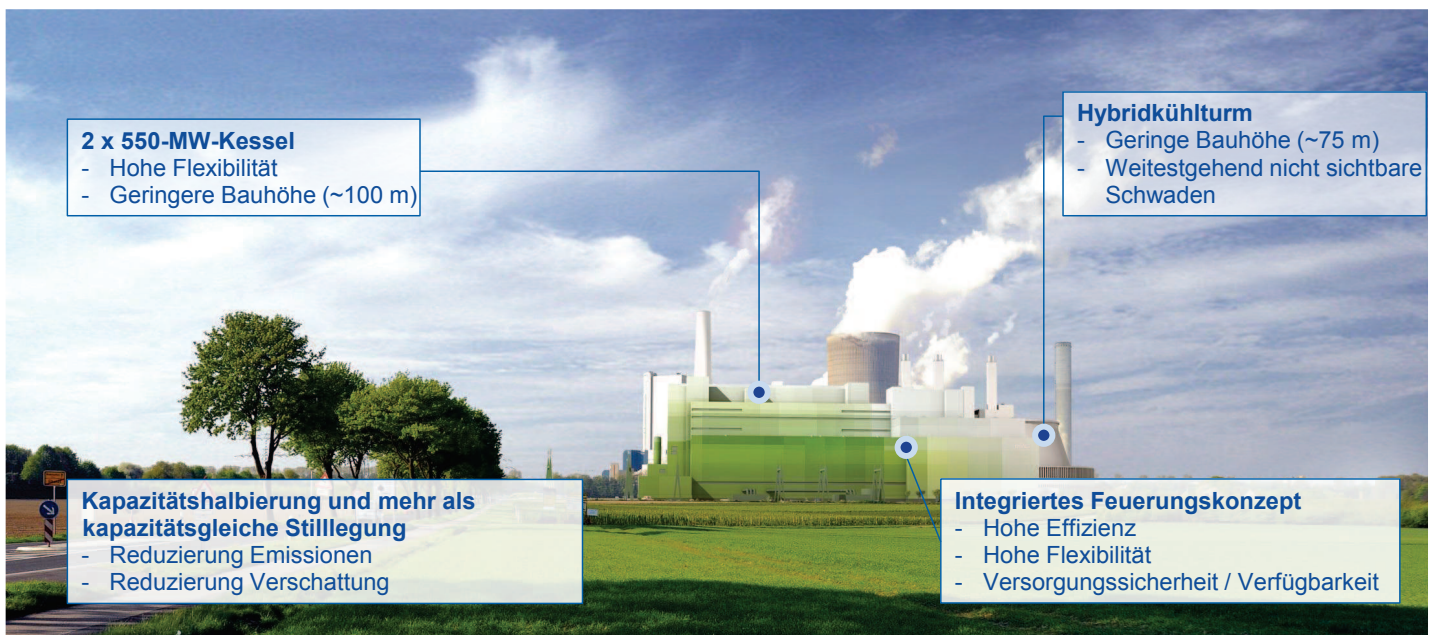
X Für die Sicherheitsbereitschaft vorgesehen

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 9

BoAplus Niederaußem Wesentliche Konzept-Eckpunkte



BoAplus ist der nächste Erneuerungsschritt im Rahmen des Kraftwerkserneuerungsprogramms

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 10

Braunkohleveredlung mit Wertschöpfung durch dezentrale Energieerzeugung im Bereich der mittelständischen Industrie



Rohkohleeinsatz von ca. 14 Mio. t/a ($\triangleq$ 1/5 der Förderung an der Nord-Süd-Bahn bzw. 1/3 der Förderung des Tagebaus Hambach)

ca. 5 Mio. t/a
Produkte¹⁾



Prozess-/Fernwärme



Strom



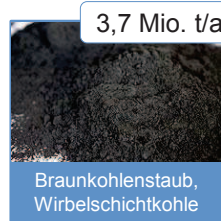
1,2 Mio. t/a

Braunkohlenbrikett



0,2 Mio. t/a

Braunkohlenkoks

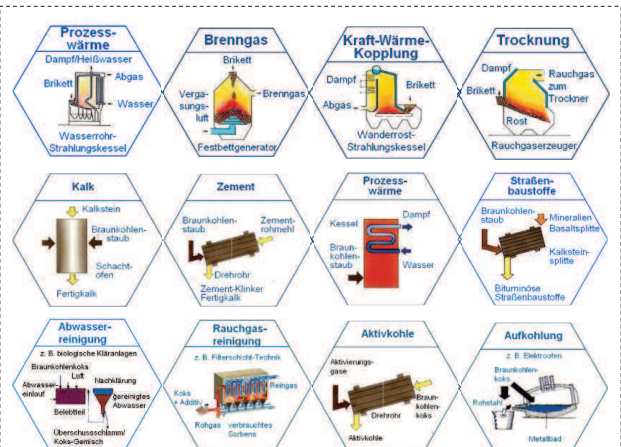


3,7 Mio. t/a²⁾

Braunkohlenstaub,
Wirbelschichtkohle



Privatkunden



Industriekunden

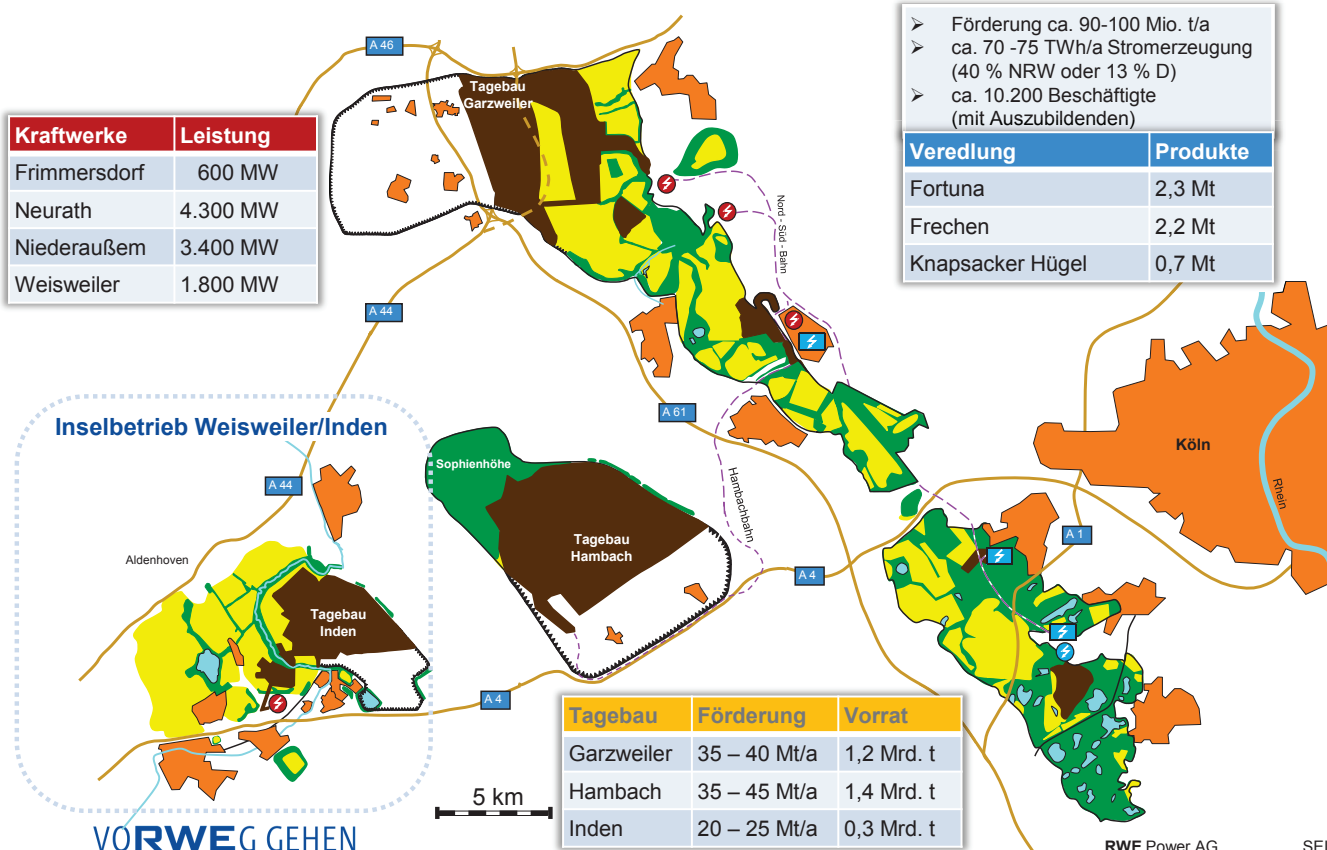
VORWEG GEHEN

¹⁾ zzgl. ca. 0,3 Mio. t/a Rohkohle im Direktabsatz
²⁾ ca. 0,4 Mio. t/a Wirbelschichtkohle (WBK)

RWE Power AG

SEITE 11

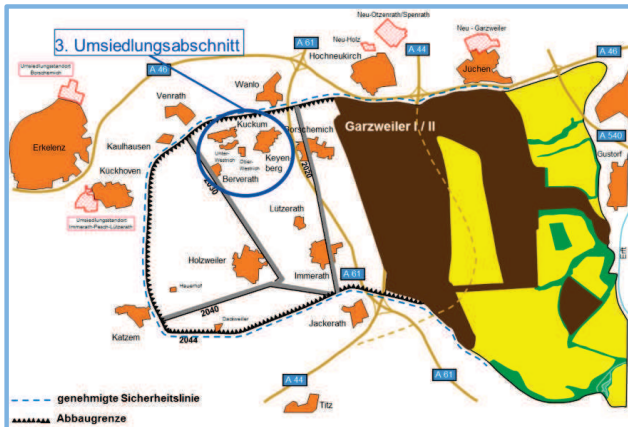
2,9 Mrd. t (2015) landesplanerisch genehmigte Lagerstättenvorräte bieten zuverlässige Basis für langfristige Energieversorgung



RWE Power AG

SEITE 12

Garzweiler II: 3. Umsiedlungsabschnitt



> Energiewirtschaftliche und politische Notwendigkeit der Braunkohlegewinnung und –nutzung bis mind. 2030 bestätigt



VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 13

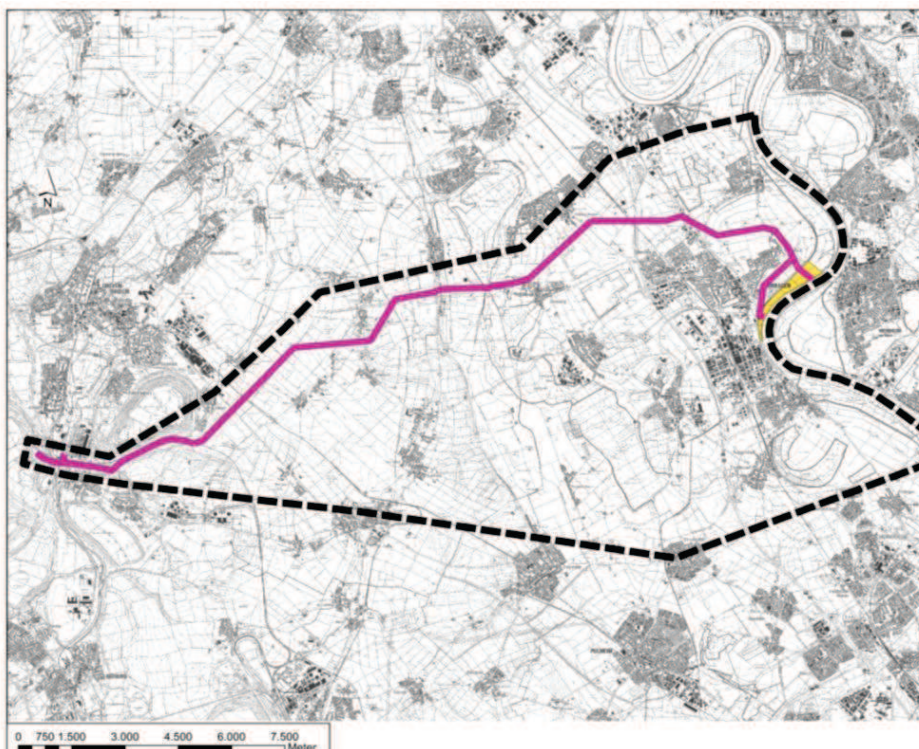


VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 14

Braunkohlenteilplan Rheinwassertransportleitung Nordkorridor und Entnahmebereich Bayer Sportanlagen-Piwipp



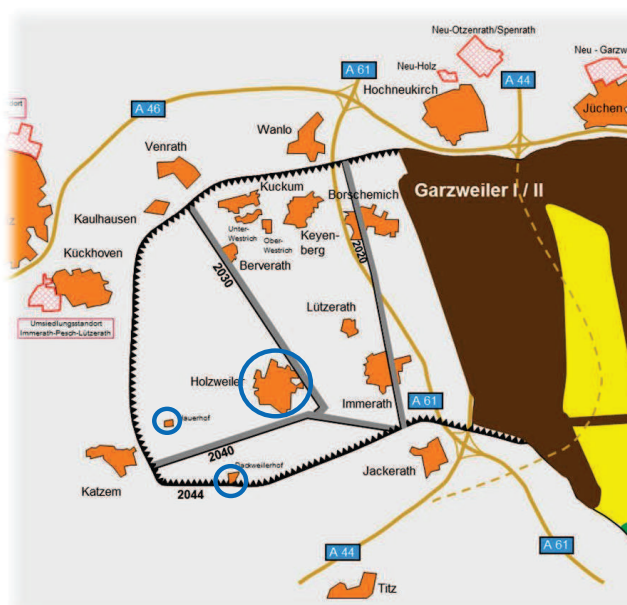
- Nordkorridor gewährleistet konfliktarme(n) Entnahmebereich und Trassenführung unter umweltfachlichen und technischen Gesichtspunkten
- Umfassende Schutzmaßnahmen zur Minderung der Auswirkungen der Baumaßnahmen auf die Bevölkerung geplant

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 15

Garzweiler II: Leitentscheidung voraussichtlich bis Mitte des Jahres



Rückblick Verfahren:

- > Offizieller Auftakt des Erarbeitungsprozesses am 30.10.2014
- > Drei „Expertengespräche“ zu den Themen „Energie“, „Geologie und Restsee/Wasserwirtschaft“ und „Kommunale Planung und Fachplanungen“ im Frühjahr/Sommer 2015
- > Parallel Auswertung und Zusammenfassung von Studien zur Entwicklung der Energiewirtschaft in Deutschland nach 2030 in einer sog. Meta-Studie
- > Beschluss Entwurf der Leitentscheidung durch Kabinett am 22.09.2015
- > Öffentliche Vorstellung des Entwurfs durch Staatskanzlei am 29.09.2015 in Stadthalle Erkelenz
- > Online-Beteiligungsverfahren vom 30.09.-08.12.2015

Ergebnis Beteiligungsverfahren:

- > 100 Stellungnahmen, 1.400 Kommentare, 17.300 Bewertungen
- > Fachlich fundierte Stellungnahmen unterstützen eher die Unternehmensposition

Ausblick:

- > Auswertung der Stellungnahmen durch Staatskanzlei, ggf. Überarbeitung Leitentscheidung
- > Fertigstellung im 1. HJ. 2016

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 16

Tagebau Hambach



- Rahmenbetriebsplan für Zeitraum 2020-2030 zugelassen
- Umsiedlung Mannheim und Morschenich laufen planmäßig
- Verlegung A4 und Hambachbahn abgeschlossen
- Planmäßige Umsetzung des Artenschutzkonzepts sichergestellt

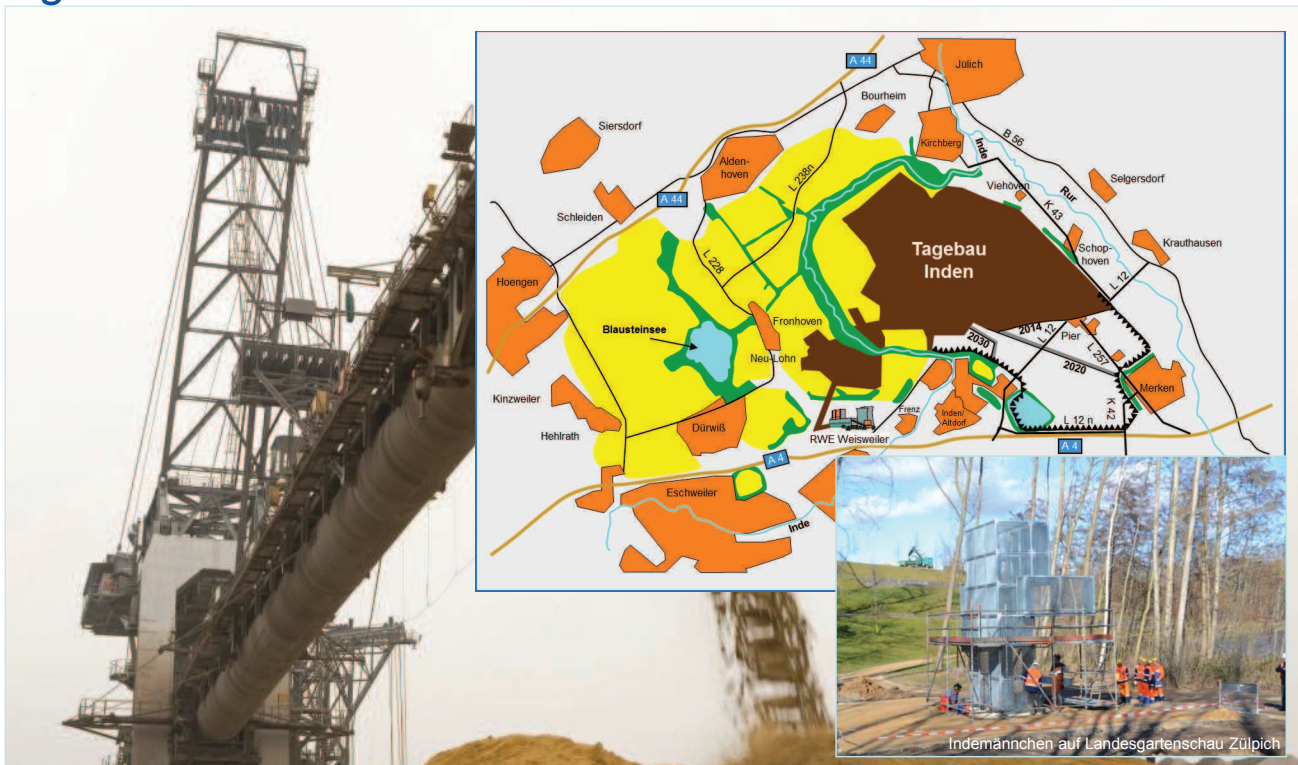


VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 17

Tagebau Inden



- Umsiedlung komplett abgeschlossen
- Abschlussbetriebsplan und Sonderbetriebspläne für Seegestaltung eingereicht
- Gebiets- und Gemeindeentwicklungen im Indeland

VORWEG GEHEN

RWE Power AG

SEITE 18

		Innovationsraum Aachener Revier	
		Innovationsraum Indeland	
		Innovationsraum :terra nova	
		Innovationsraum Garzweiler	
		Innovationsraum 3E – Erft Energie Entwicklung	
		Innovationsraum Hambach-Süd	
		Innovationsraum Ville	
		Innovationsraum Neuland	

IRR – 10 Starterprojekte (1/2)

- Modularer Hochleistungsstrahler Solarcampus Jülich (Projektgesellschaft „Modularer Hochleistungsstrahler“)
- Grubenwasser-Erdwärme für das ENERGETICON (GrEEN) (ENERGETICON gGmbH)
- Stoffliche Nutzung von Braunkohle (und braunkohlestämmigem CO₂) – Herstellung von synthetischen Basis-Chemikalien und Kraftstoffen (RWE Power AG)
- Faktor X – Kompetenzcluster Ressourceneffizientes Bauen im Indeland (Stadt Eschweiler, Gemeinde Inden, RWE Power AG, Aachener Stiftung Kathy Beys, Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH)
- Energiewende im Einfamilienhausbau - Brennstoffzellensiedlung, Solarsiedlung (Stadt Grevenbroich, Stadt Bedburg, RWE Power AG)

IRR – 10 Starterprojekte (2/2)

- Klimaschutzsiedlung „An der Schießbahn“, Bedburg (Stadt Bedburg, RWE Power AG, A. Frauenrath Bauunternehmen GmbH, Kreissparkasse Köln)
- Masterplan Planungsverband Garzweiler II (Informeller Planungsverband Mönchengladbach, Erkelenz, Jüchen und Titz)
- Regional.Werk.Stätten Rhein-Erft – Nachhaltige Nutzung und soziale Integration (Stadt Erftstadt, Rhein-Erft-Kreis, Zweckverband Naturpark Rheinland)
- Herstellung von handelsfähigem Dünger aus Gülle und Braunkohle mit gleichzeitigem Schutz des Grund- und Trinkwassers vor erhöhten Nitratkonzentrationen (ProBodenrekultivierung e. V.)
- Nachhaltiger Anbau von Arznei- und Gewürzpflanzen als Erwerbsalternative auf Rekultivierungsstandorten (Stiftung Rheinische Kulturlandschaft)

IRR – 10 Qualifizierungsprojekte

- Infrastruktur Energie Sicherheit Innovation - Operation Center
- Kommunales Energieversorgungs- und Energieverteilungssystem auf Basis regenerativer Quellen und effizienter Gleichspannungstechnik (IRRene)/LEP-Fläche Geilenkirchen-Lindern
- Campus Merscher Höhe – Strukturwandel interkommunal gestalten
- Industriedrehkreuz Weisweiler-Inden
- Kompetenzzentrum nachhaltige Bioraffinerie
- Interkommunales Kompetenzareal :terra nova für Energie- und Landwirtschaft
- Entwicklung des interkommunalen Gewerbe- und Industriegebietes Jüchen-Grevenbroich – nachhaltige Logistik und Beitrag zum Strukturwandel
- Strahlkraft des Premium-Gewerbstandortes „PrimeSite Rhine Region“ stärken und für die IRR nutzen
- Smart City Grevenbroich – Frimmersdorf und LEP-Fläche Neurath/Interkommunales Gewerbegebiet Neurath – Nutzung der Synergien mit dem Kraftwerksstandort
- Verbundnetz/Korridore „Grüne Infrastruktur/Rekultivierung“

Zusammenfassung

- Wir behalten als Grundlaststromerzeuger, Rückversicherer der Stromversorgung und in der Veredelung unseren Platz
- Wir profitieren von zukünftig steigenden Strompreisen und/oder Kapazitätsmärkten
- Schon bis 2030 reduzieren wir unseren CO₂-Ausstoß um 40-50 % - soviel leistet kein anderer
- Wir bleiben fester Bestandteil der RWE als Rückversicherer der erneuerbaren Energien
- IRR gestaltet den Strukturwandel – mit zehn kurzfristig umsetzbaren Starterprojekten und zehn Qualifizierungsprojekten

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Forschung und Entwicklung bei RWE Generation

16. Februar 2016
Kreisausschusssitzung
Rheinkreis Neuss

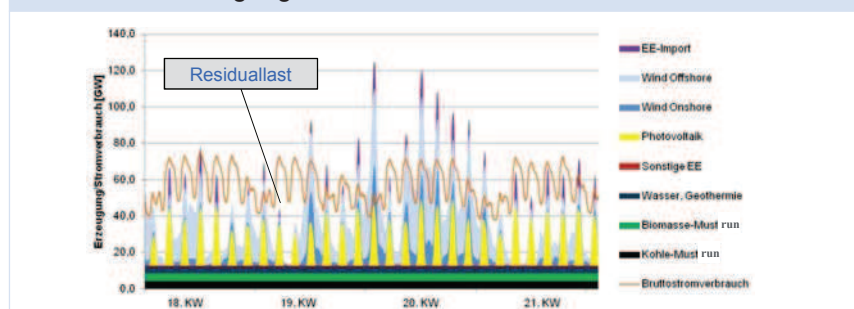
Dr. Reinhold Elsen
Leiter Forschung & Entwicklung
RWE Generation SE



VORWEG GEHEN

Der Strommarkt verlangt auch in Zukunft konventionelle Kraftwerke in erheblichem Umfang

Erzeugung und Stromverbrauch im Jahr 2050*



* Quelle: Eigene Berechnungen

- Residuallast muss aus unserer Sicht noch über Jahrzehnte durch konventionelle Kraftwerke gedeckt werden
- Die Auslastung der Konventionellen geht jedoch spürbar zurück
- Gleichzeitig steigen die Anforderungen im Bereich Flexibilität / Emissionen

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 2

F&E bei RWE Generation konzentriert sich auf aktuelle Herausforderungen

Stabilisierung des aktuellen Geschäfts – High performing partner
 Betriebserlaubnis aufrecht erhalten – Most trusted partner
 Auf schrumpfenden Strommarkt reagieren – Create value-adding products

1 Braunkohlenutzung

- Kohleaufbereitung und -trocknung
- Demineralisierung von Kohle
- Biomasse Aufbereitung
- Braunkohle-Slurry

- Coal-to-Gas
- Coal-to-Liquids (CTL/CTG)



2 Kraftwerkstechnik

- Flexibilitätssteigerung
- Leistungssteigerung
- Anlagenkonzepte
- Systembewertung
- Verbrennung
- Mitverbrennung

- Kohlequalität
- Aschedeponien
- Schadensanalyse



3 Rauchgasreinigung

- CCS-Strategie / ZEP
- CO₂ Transport und Speicherung
- PCC Pilotanlagen
- CO₂ Abfüllstation

- Entstaubung
- Entschwefelung
- Entstickung
- Hg – Reduzierung
- REA+ Pilotanlage



VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 3

1 Braunkohlenutzung | 2 Kraftwerkstechnik | 3 Rauchgasreinigung

Zukunft der Braunkohle: energetische und stoffliche Nutzung Zusatzrolle: Kohlenstofflieferant für die chemische und petrochemische Industrie

- Braunkohlen-Kraftwerke sichern heute und in Zukunft die Residuallast als Partner der Erneuerbaren
- Veredelungsprodukte (= stoffliche Nutzung) sind auch heute schon attraktive Einsatzstoffe in der Industrie
- Als heimischer Rohstoff mindert die Braunkohle die Importabhängigkeit



In Zukunft noch mehr stoffliche Nutzung:

- Braunkohle könnte auf Erdöl und Erdgas als Kohlstofflieferant (teilweise) ersetzen
- Chemie und Mineralölindustrie könnten mit Braunkohle ihre Rohstoffbasis langfristig diversifizieren
- Wirtschaftsfaktor Braunkohle und Wertschöpfung blieben auch bei sinkendem Anteil der Stromerzeugung für die Region erhalten



Erhalt des heimischen Energieträgers Braunkohle, der Versorgungssicherheit und der Arbeitsplätze durch Ausbau der stofflichen Nutzung der Braunkohle

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 4



1 Braunkohlenutzung | 2 Kraftwerkstechnik | **3 Rauchgasreinigung**

Emissionsminderung und Ressourcenschonung sind für uns eine ständige Aufgabe

Richtlinie Industrieemissionen
Basisdaten der Richtlinie 2010/75/EU

NEC-D

Hg

SO₂

CO₂

NO_x

Staub

BAT / BVT

Umwelt Bundesamt

CCS-Richtlinie
European Commission

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 7

1 Braunkohlenutzung | 2 Kraftwerkstechnik | **3 Rauchgasreinigung**

Z. B. durch Effizienzsteigerung und Weiterentwicklung der Rauchgasentschwefelung

Einbau eines neu entwickelten passiven Strömungsbauteils (REAplus-Modul) ermöglicht Leistungssteigerung der Rauchgasentschwefelungsanlage (REA)

- > Senkung des elektrischen Eigenbedarfs
- > Steigerung des Abscheideleistung
- > Erste großtechnische Implementierung am Standort Niederaußem erfolgt

Pilotanlage REAplus
im Innovationszentrum
Kohle in Niederaußem

REAplus-Modul
Absorber G1 im Kraftwerk Niederaußem

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 8

Z. B. durch Entwicklung von Maßnahmen zur Minderung der Quecksilberemissionen

Vielversprechendste Option: Herdofenkoks HOK®

- Eindüsen oder Einblasen von Herdofenkoks, der aus rheinischer Braunkohle hergestellt wird, in den Rauchgasstrom
- Der Herdofenkoks bindet das Quecksilber und wird in einem nachfolgenden Prozessschritt separiert und gemeinsam mit der Asche sicher deponiert



Vorteile:

- ganzheitliche Minimierung der Quecksilber-Emissionen und sichere, dauerhafte Einbindung in das deponierbare "Stabilisat"
- keine Zusatzstoffe mit unklaren Umwelteigenschaften oder hohem Korrosionspotential notwendig



Technik muss auf die sehr niedrigen Quecksilber-Konzentrationen im Rauchgas und an die großen Volumenströme unserer Kraftwerke angepasst werden

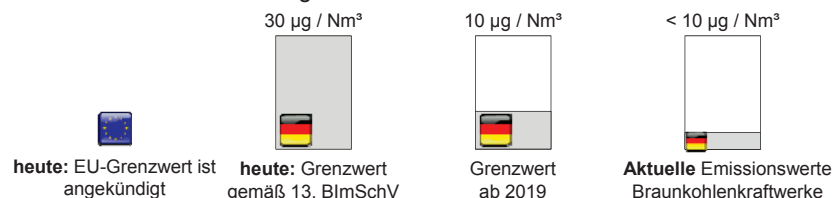
VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 9

Quecksilber-Emissionen

Gesetzliche Regelungen in Europa und Deutschland

- In Europa gibt es derzeit noch keinen Emissionsgrenzwert für Kohlekraftwerke. Für Braunkohle wird über einen Grenzwert von $7 \mu\text{g} / \text{Nm}^3$ ab 2021 verhandelt
- Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die einen Grenzwert festgelegt haben – dieser beträgt für Verbrennung von Kohle $30 \mu\text{g}/\text{Nm}^3$ (TMW) und wird ab 2019 sogar auf $10 \mu\text{g}/\text{Nm}^3$ (JMW) verschärft
- Die im Abgas gemessenen Quecksilber-Konzentrationen liegen in der Regel im Bereich der Nachweisgrenze, die Außenluftwerte liegen um rund Faktor 1.000 unter den Vorsorgerichtwerten



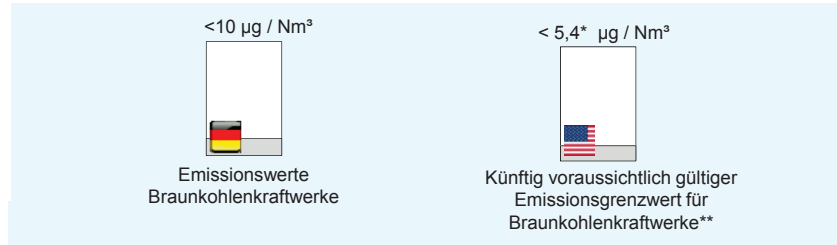
Die deutschen Braunkohlenkraftwerke halten die Grenzwerte für Quecksilber vollumfänglich ein und unterschreiten sie in der Regel deutlich

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 10

Quecksilber-Emissionen

Vergleich USA – Deutschland für Braunkohle



- Bereits heute liegen die Quecksilber-Emissionen der Braunkohlenkraftwerke im Bereich der aktuell diskutierten schärferen US-Grenzwerte.
- Für den Vergleich ist die Umrechnung* zwischen den in den USA und in Deutschland verwendeten Einheiten erforderlich.

* Quelle Prof Kather, Universität Hamburg-Harburg für neue Braunkohlekraftwerksblöcke

** Die von der US-Umweltbehörde vorgeschlagenen verschärften Hg-Grenzwerte sind nach einer Entscheidung des US Supreme Courts noch nicht endgültig

Trotzdem ist es unbestritten wichtig, Quecksilberemissionen auch in Deutschland weiter zu reduzieren!

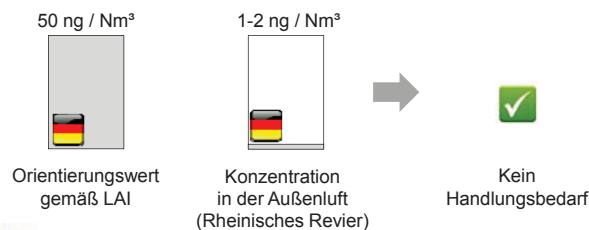
VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 11

Quecksilber-Immissionen

im Rheinischen Revier

- Die Grenzwerte der TA Luft für Immissionen (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft) berücksichtigen das besondere Schutzerfordernis für Ältere und Kinder
- In Deutschland wurde die Freisetzung von Quecksilber (Hg) in den letzten 20 Jahren bereits um über 60 % reduziert
- Die Hg-Konzentrationswerte in der Außenluft unterschreiten den gesundheitsbezogenen Orientierungswert gemäß Länderausschuss für Immissionsschutz (LAI-2004) um ein Vielfaches - die Quecksilberimmissionen liegen damit deutlich unterhalb der gesetzlich maximal zulässigen Werte
- Alle Orientierungswerte in Bezug auf die Immission von Luftschadstoffen werden in der Umgebung unserer Kraftwerke unterschritten



VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 12

1 Braunkohlenutzung | 2 Kraftwerkstechnik | 3 **Rauchgasreinigung**

Z. B. durch Entwicklung von Techniken zur Abtrennung und Nutzung von CO₂

Seit Oktober 2015 Kooperation mit dem Algen Science Center (FZ Jülich), Einsatz unseres CO₂ u.a. zur Herstellung von Biokerosin.

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 13

Besuchen Sie uns im Innovationszentrum Kohle!

Braunkohlenutzung

WTA®-Prototyp
Braunkohletrocknung

Synthese-Teststand
Ctl/CtG

INNOVATIONSZENTRUM KOHLE
NIEDERAUSSEM

Rauchgasreinigung

REAplus Quecksilber
Emissionsminderung

CO₂-Wäsche
CO₂-Abtrennung

Kraftwerkstechnik

Kohlequalität
Stabile Feuerung und

Werkstoffe
gute Flexibilität

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 14

RWE Power

BRAUNKOHLE MACHT SCHÖN, WER HÄTTE DAS GEDACHT?
VORWEG GEHEN
MIT PRODUKTEN, IN DENEN
BRAUNKOHLE GLÄNZEN KANN.



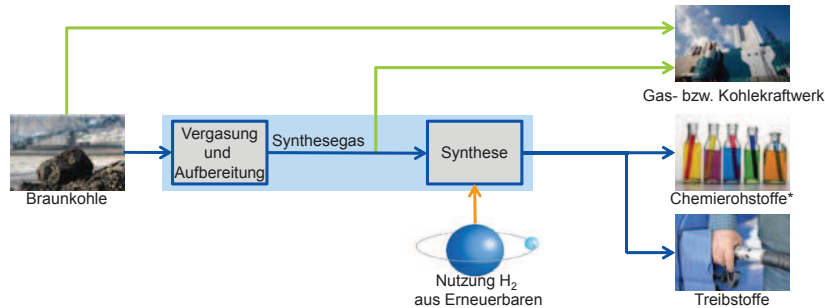
WWW.VORWEG.CO.UK

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

Backup

VORWEG GEHEN

Die stoffliche Nutzung unterstützt den Ausbau der Erneuerbaren auf zweifache Weise – im Strom- und Rohstoffmarkt



EE-Flaute – Bereitstellung von Backup Kapazitäten

- Braunkohle kann direkt in Kohlekraftwerken eingesetzt werden
- Synthesegas kann in Gaskraftwerken eingesetzt werden

EE-Überschuss – Unterstützung der Energiewende im Rohstoffmarkt

- Überschussstrom kann in Form von H_2 in Produkten „gespeichert“ werden

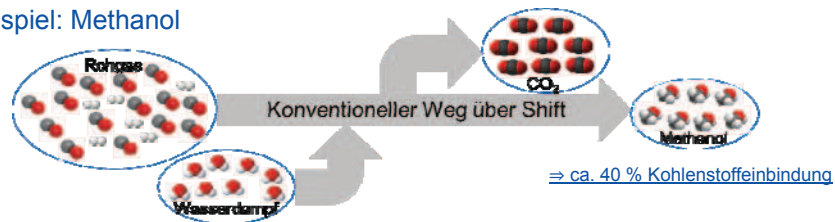
VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 17

* Synthesegas, Naphtha, Methan, Wasserstoff, Essigsäure, Methanol, Ammoniak, ...

Die Stoffliche Nutzung ist ein wichtiger Hebel zur Verminderung der CO_2 -Emissionen aus Braunkohle

Beispiel: Methanol



Weitere Minderung der CO_2 -Emissionen durch H_2 denkbar.



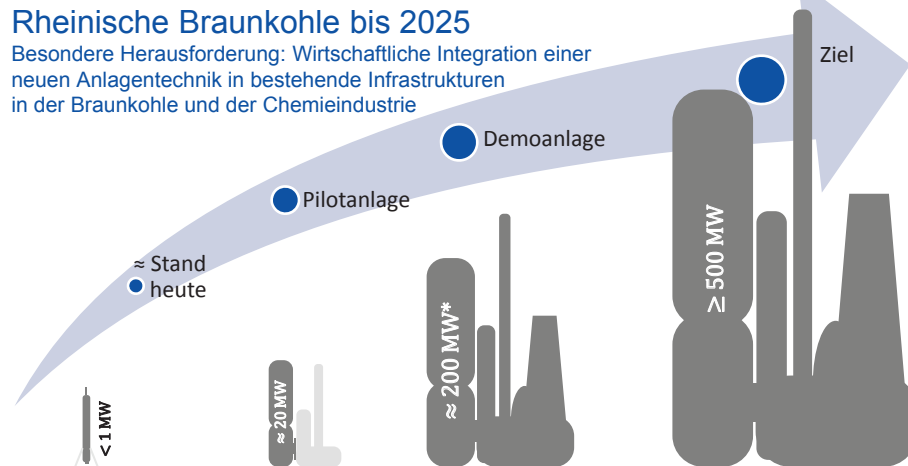
- H_2 -Quellen: Erneuerbare Energien über Elektrolyse oder Überschüsse der Chemie
- Die Entwicklung auf dem Elektrolyse-Markt wird konsequent verfolgt

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 18

Die Vision: Einsetzbarkeit von CtL/CtG für die Rheinische Braunkohle bis 2025

Besondere Herausforderung: Wirtschaftliche Integration einer neuen Anlagentechnik in bestehende Infrastrukturen in der Braunkohle und der Chemieindustrie



- Die in CtL/CtG-Anlagen eingesetzten Techniken sind prinzipiell kommerziell verfügbar.
- Es bedarf jedoch einer Anpassung auf die typischen Eigenschaften der Rheinischen Braunkohle und die Anforderungen in Deutschland sowie der Erprobung.

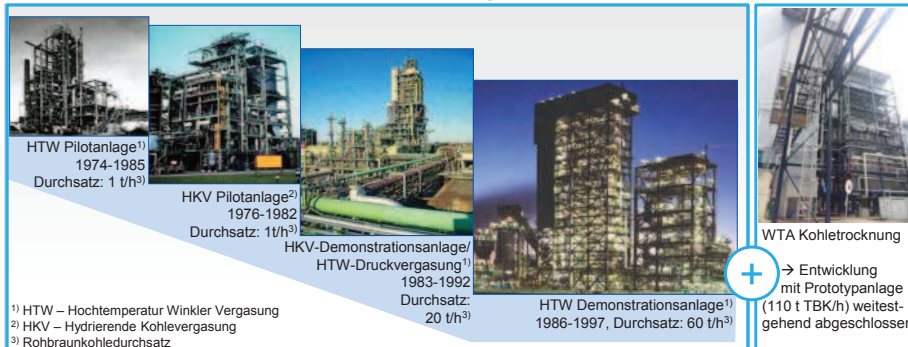
VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 19

* Thermische Vergaserleistung als Richtgröße für die Gesamtanlage

RWE blickt schon heute auf eine lange Historie alternativer Kohlenutzungskonzepte zurück

Realisierte Pilot- und Demonstrationsanlagen



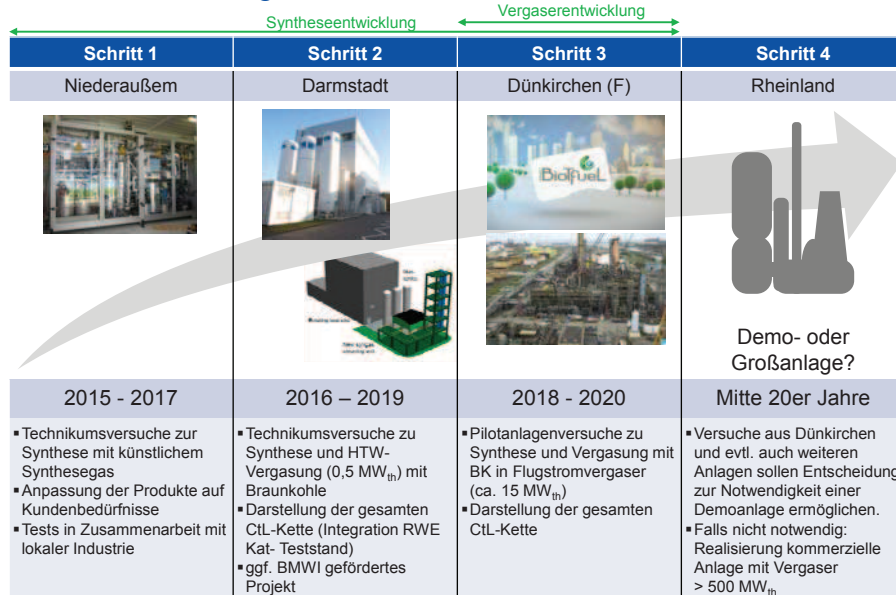
Weitere RWE Studien:

- KoBra 1990-1997
- IGCC-CCS 2005-2010
- CtL-Annex seit 2013**

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 20

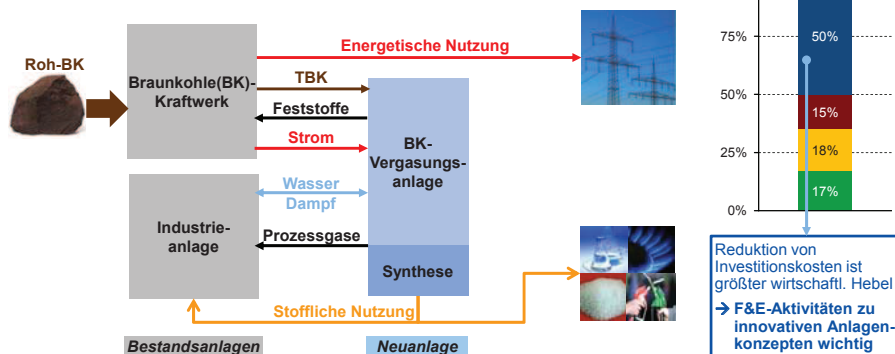
Optimierte CtL/CtG-Erprobung sichert Einsetzbarkeit der Schlüsseltechnologien für rheinische Braunkohle ab



Das Annex-Prinzip ist unser Low-Cost-Ansatz zur Realisierung von Coal-to-Liquid / Coal-to-Gas Anlagen

Annex-Prinzip = Integration einer CtL/CtG-Anlage in bestehende Standortinfrastruktur

- reduziert die Investitionskosten ggü. Stand-Alone-Lösung
- bietet neue Nutzung-/Betriebsoptionen für bestehende Infrastruktur



- Kraftwerks- und Industriestandorte bieten Potenziale für Annex-Anlagen.
- Für die Entwicklung und Realisierung von CtL/CtG-Optionen sucht RWE Partner.

VORWEG GEHEN

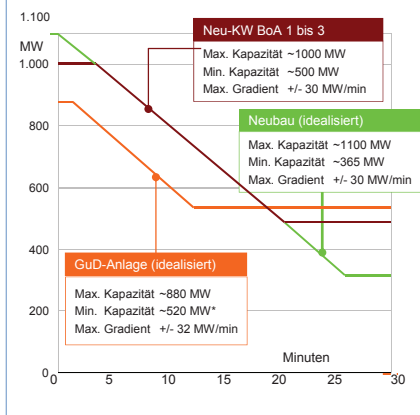
RWE Generation SE Seite 22

4

Flexible Kraftwerke

Flexible Kraftwerke ermöglichen die kosteneffizienteste Marktintegration der Erneuerbaren

Flexibilität moderner GuD und Braunkohlkraftwerke im Vergleich

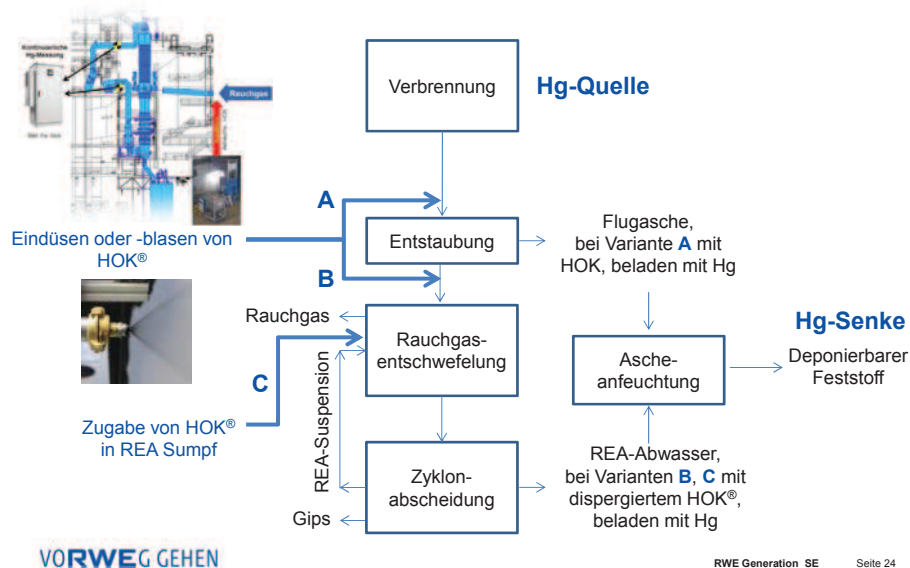


VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 23

Herdofenkoks HOK® – Ganzheitliche Hg-Minderung

FuE-Projekt zur Identifikation optimaler Prozesskonfiguration – 3 Varianten



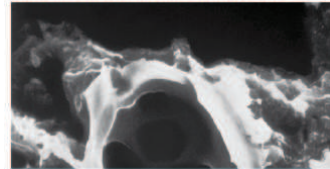
VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 24

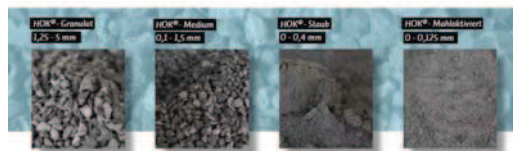
Was ist HOK®?

- Herdofen- bzw. Aktivkoks HOK® wird auf Basis rheinischer Braunkohle im sogenannten Herdofenverfahren hergestellt.
- HOK® weist eine große spezifische Oberfläche und eine günstige Porenradienverteilung mit einem hohen Anteil an Meso- und Makroporen auf.
- Der Porendurchmesser von 1 bis > 50 nm ermöglicht eine leichte Zugänglichkeit der inneren Oberfläche.

Herdofenkoks HOK® in mikroskopischer Vergrößerung



Kommerziell erhältliche HOK®-Produkte:



VORWEG GEHEN

Analysenanhaltswerte:

Wasser	0,5 %
Äsche	9,0 %
Fl. Bestandteile (überwiegend CO ₂ & CO)	3,0 %
Fixer Kohlenstoff	87,5 %
Schwefel (ges.)	0,5 %
Heizwert (H _u)	29,9 MJ/kg
Spez. Oberfläche	300 m ² /g
Porenvolumen	50 %

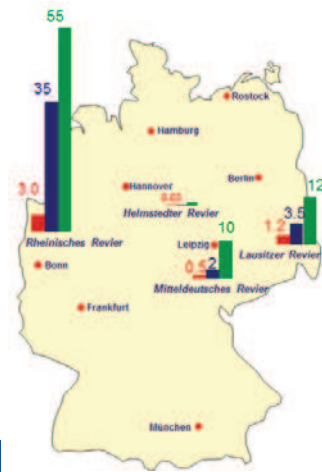
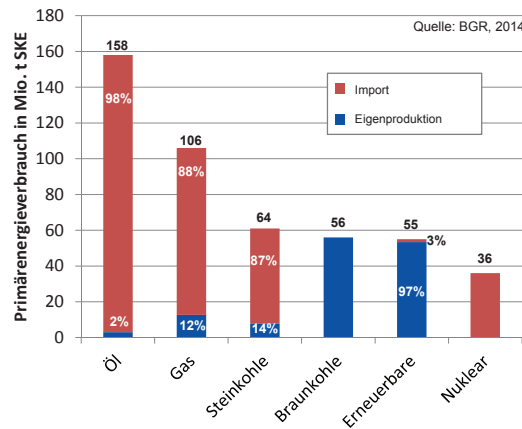
RWE Generation SE Seite 25

Backup +

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 26

Bedeutung verschiedener Energieträger für Deutschland



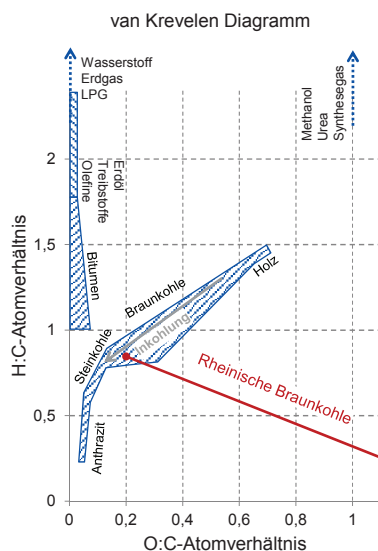
- Hoher Devisenabfluss, hohe Importabhängigkeit
- Hohe Wertschöpfung außerhalb Deutschlands bzgl. Mineralöl, Erdgas und Steinkohle
- BK und EE als heimische Energieträger mit Potenzial zur Substitution von Importenergieträgern

VORWEG GEHEN

■ Genehmigt und geplant [Mrd. t]
 ■ Wirtschaftlich gewinnbar
 ■ Geologisch
 Quelle: DEBRIV, 03/2015

RWE Generation SE, GOR, Dr. Reinhold Eisen 29./30.9.2015 Seite 27

Transformation von Kohlenstoffträgern



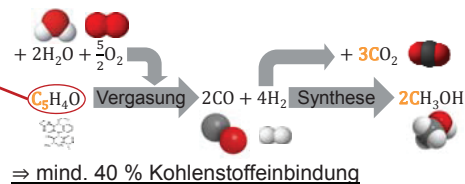
Herausforderung für Braunkohle:

- Umwandlung von Festbrennstoffen in flüssige oder gasförmige Sekundärenergieträger
 ≙ Anpassung des H:C:O-Verhältnisses
- Festbrennstoffe mit „zu viel“ Sauerstoff („O“) und Kohlenstoff („C“) und „zu wenig“ Wasserstoff („H“)
 → Änderung Verhältnisse u.a. durch Shift-Reaktion
 → auch Zugabe von z.B. regen. H_2 denkbar

Chance:

- Erzeugung kohlenstoffhaltiger Produkte aus Braunkohle senkt die Emissionen (Kohlenstoffspeicher) ggü. Verbrennung

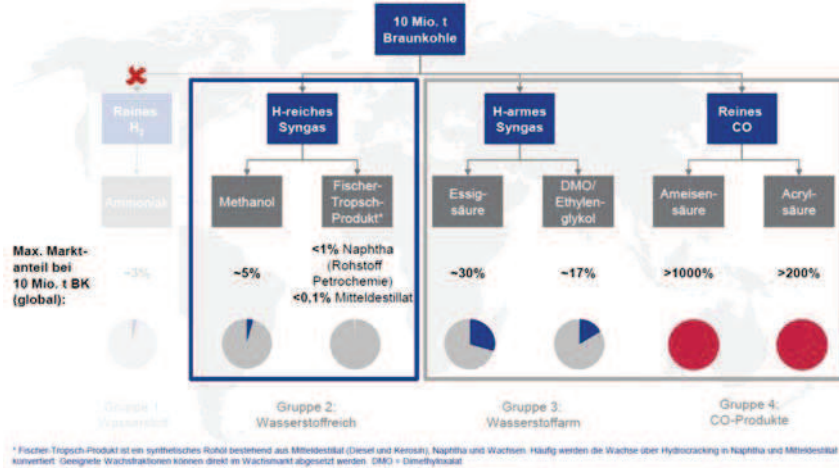
Bsp. Methanolerzeugung:



VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 28

Die stoffliche Nutzung der Braunkohle liefert einen Beitrag zur Diversifizierung der Rohstoffversorgung



- Produkte aus heimischer Braunkohle können Mineralöl- und Erdgasprodukte mengenmäßig teilweise substituieren.
- Aus 10 Mio. t RBK lassen sich ca. 1 Mio. t Mitteldestillate und Naphtha herstellen.

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 29

Externe Marktpotentialstudie bestätigt unsere Projektausrichtung



VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 30

Die Entwicklung und Kommerzialisierung der stofflichen Kohlenutzung erfordert kooperative Anstrengungen

Bausteine für eine erfolgreiche Realisierung:

Vorh. wissenschaftliche und industrielle Strukturen in Deutschland bieten eine Basis für die stoffliche Kohlenutzung.



Technische Entwicklung



Know-how Ausbau



Akzeptanz

- Energieversorger
- Mineralölindustrie
- (Petro-)chemische Industrie
- Anlagenbauer
- Hochschulen
- Forschungseinrichtungen

Technik: Know-how Ausbau und Erprobung sind zwei entscheidende Bausteine
Akzeptanz: Braunkohle muss als heimischer Energie- und Rohstofflieferant und lokaler Wirtschaftsfaktor mehr wahrgenommen werden

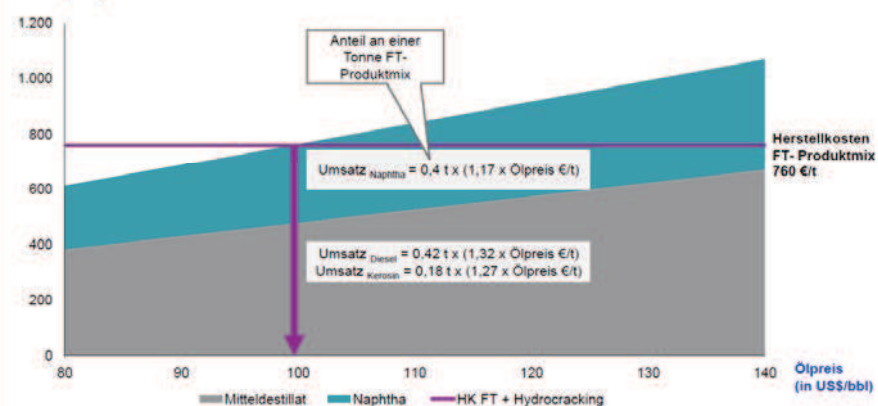
VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 31

Der Ölpreis determiniert den Wert des FT-Produktmixes aus BK; die Gewinnschwelle wird bei einem Ölpreis von ~100 US\$/bbl erreicht

Umsatz des FT-Produktmix in Abhängigkeit vom Ölpreis

Umsatz (in €/t)



Anm.: Vergleichsfaktoren zu UK Brent: Diesel Faktor 1,32 zum Ölpreis, Kerosin Faktor 1,27, Naphtha Faktor 1,17 (Berechnung Average von 2005-2014); Erlös aus 60% Mitteldestillat (70% Diesel, 30% Kerosin) und 40% Naphtha. Herstellkosten inklusive Abschreibung

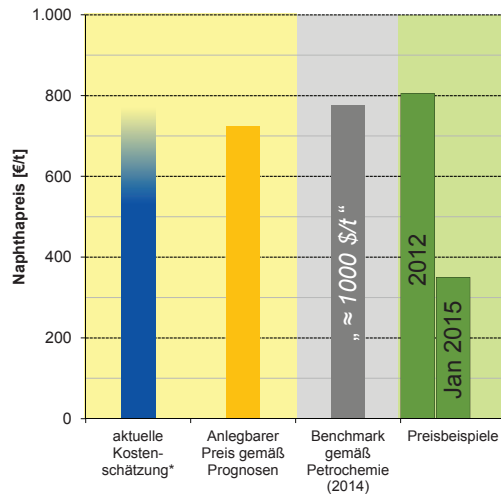
© 2015 KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, a member firm of the KPMG network of independent member firms affiliated with KPMG International Cooperative ("KPMG International"), a Swiss entity. All rights reserved. The name KPMG, the logo and "cutting through complexity" are registered trademarks of KPMG International

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 32

Wirtschaftliche Perspektiven von CtL in der Petrochemie

Beispiel: Naphtha über Fischer-Tropsch



→ Wirtschaftlichkeit unter best. Randbedingungen darstellbar

→ Wichtige Hebel:

- Euro-Kurs
- Finanzierungsoptionen / Zinsfuß
- Economies of Scale / Nutzung vorhandener Infrastruktur
- CO₂-Zertifikatekosten
- Shale Gas / Shale Oil in Europa
- Ölpreis-Schocks und -Dips

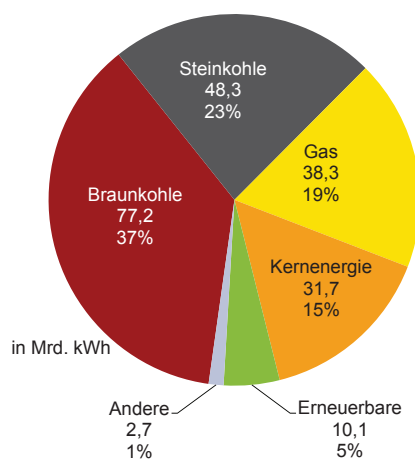
- Es wird mittel- bis langfristig für CtL/CtG-Produkte eine wirtschaftliche Perspektive gesehen.

VORWEG GEHEN

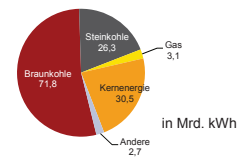
RWE Generation SE Seite 33

*Basis der Berechnung: 500 MW_{th}, 1,3 Mio. t RBK / a, 525 Mio.€ Invest, Annex-Konzept

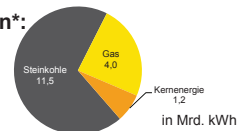
RWE Stromproduktion 2014



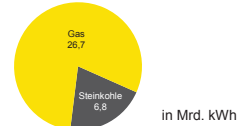
BRD*:
134,4 Mrd. kWh



Niederlande/Belgien*:
16,7 Mrd. kWh



GB*:
33,5 Mrd. kWh



Gesamtproduktion 2014:
208,3 Mrd. kWh

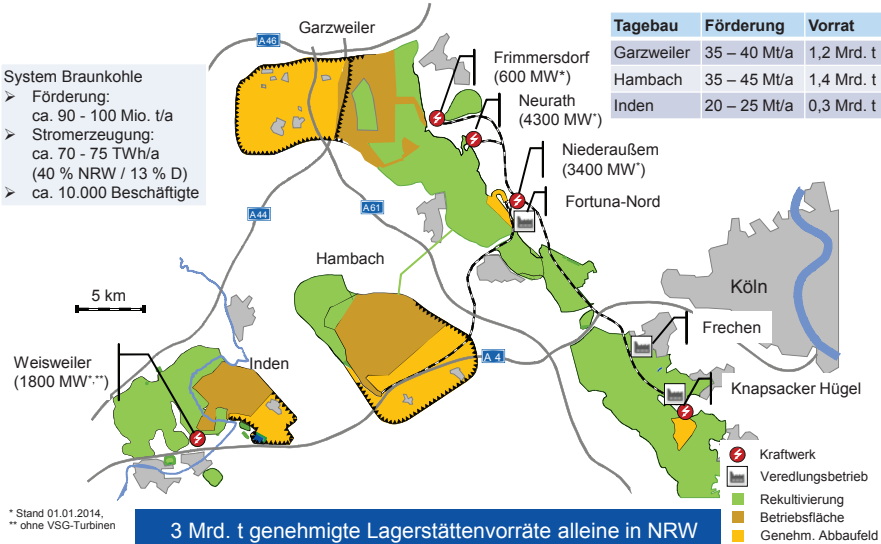
*ohne Erneuerbare

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 34

Unsere genehmigten Lagerstättenvorräte reichen noch über viele Jahrzehnte

- System Braunkohle
- Förderung: ca. 90 - 100 Mio. t/a
 - Stromerzeugung: ca. 70 - 75 TWh/a (40 % NRW / 13 % D)
 - ca. 10.000 Beschäftigte



* Stand 01.01.2014,
** ohne VSG-Turbinen

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 35

Rheinische Braunkohle (Mischung)

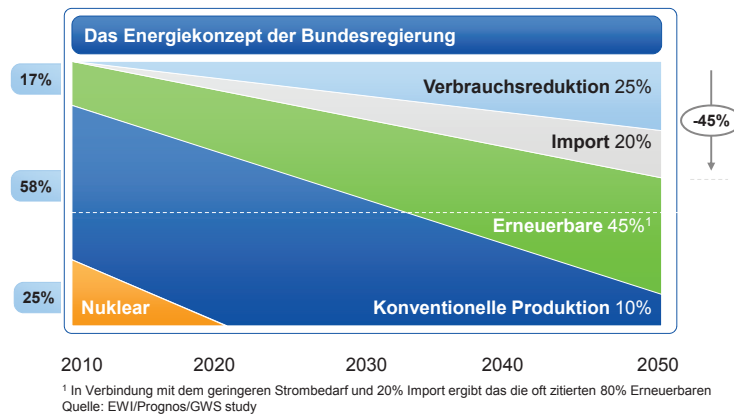
Exemplarische Zusammensetzung

Bestandteil	Einheit	Wert
C	% wt.	28,100
H (ohne H ₂ O)	% wt.	2,010
O (ohne H ₂ O und Asche)	% wt.	9,356
N	% wt.	0,320
S	% wt.	0,390
Cl	% wt.	0,014
H ₂ O	% wt.	55,400
Asche (Oxide)	% wt.	4,410
Na	ppm wt.	430
K	ppm wt.	104
Ca	ppm wt.	6921
Mg	ppm wt.	1491
Al	ppm wt.	569
Si	ppm wt.	9441
Fe	ppm wt.	2455
Ti	ppm wt.	67
Unterer Heizwert _{roh}	kJ/kg	9183
Oberer Heizwert _{roh}	kJ/kg	10974
Unterer Heizwert _{waf}	kJ/kg	24605
Oberer Heizwert _{waf}	kJ/kg	27305

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 36

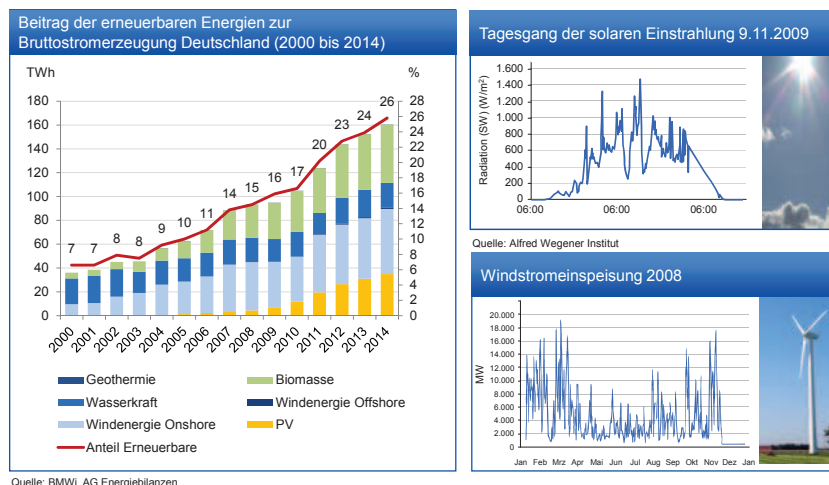
Deutschland hat sich für das Erreichen der Energiewende ehrgeizige Ziele gesetzt



VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 37

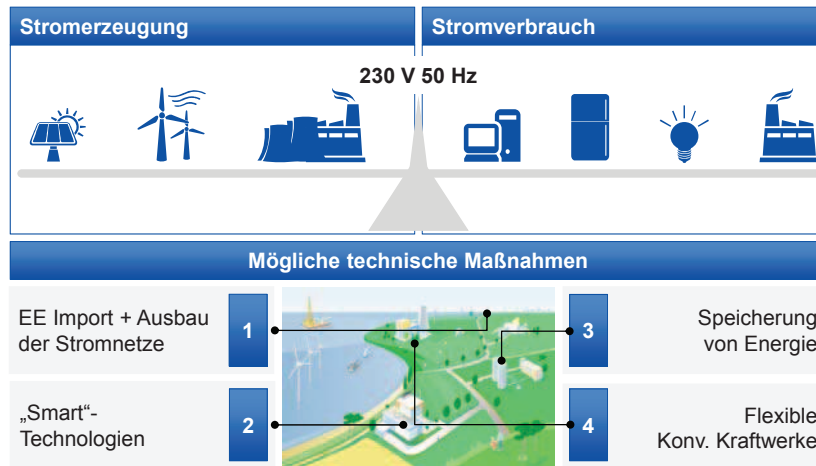
In allen Szenarien wird die fluktuierende Stromerzeugung auf Basis von Sonne und Wind weiter stark zunehmen



VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 38

Zur Deckung der Residuallast stehen prinzipiell vier Wege zur Verfügung



Quelle: RWE, 2011

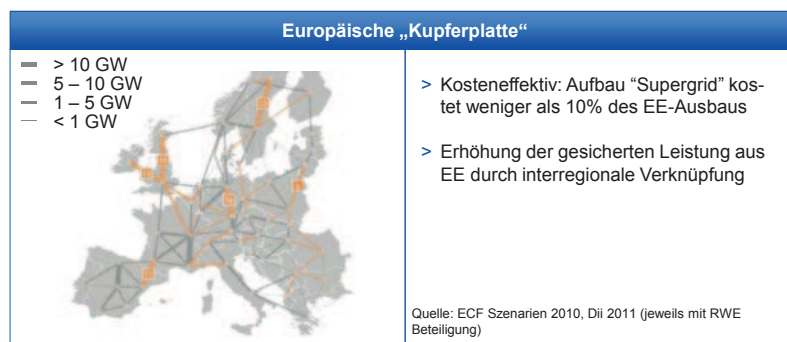
VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 39

1

Ausbau der Stromnetze

Der Ausbau der Stromnetze kann bei der Verteilung Erneuerbarer Energien innerhalb Europas helfen



Aber: Die Umsetzung ist unsicher/langwierig und Import ungewiss

- > Öffentliche Akzeptanz oft nicht gegeben
- > Komplexe politische Lage und zeitintensive Genehmigungsverfahren
- > EE in Europa meist nur überall gleichzeitig oder gleichzeitig nicht verfügbar
- > Die Gesamtmenge der EE kann die Versorgung nicht gewährleisten

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 40

2

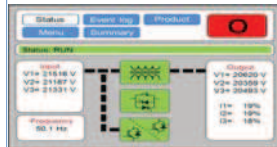
„Smart“ Technologien

“Smart Country” auch langfristig eher eine Insellösung für ländliche Gebiete



Kontinuierliches Monitoring:

Volltransparenter Online-Zugriff auf Status aller Assets ermöglicht intelligente Kontrolle



Biogas-Speicher:

Entkopplung von Last und Erzeugung. Flexible KWK im Zusammenspiel mit EE



Mittel- und Niederspannung:

Maximierung der Ausnutzung der Netzkomponenten zur Integration maximaler EE



VORWEG GEHEN

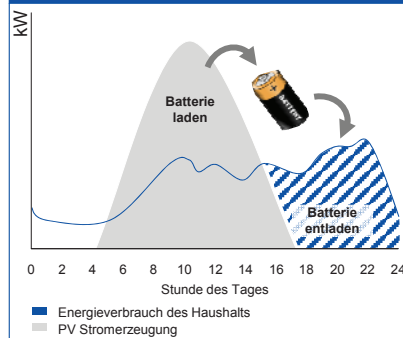
RWE Generation SE Seite 41

3

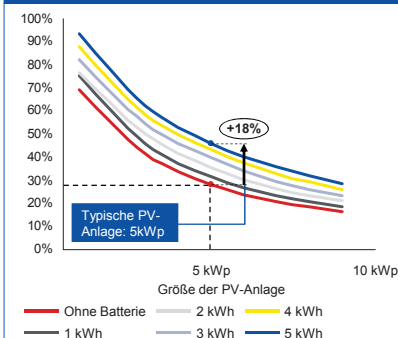
Speicherung von Energie

Steigerung des Eigenverbrauchs aus PV über Batterien könnte schon zeitnah attraktiv werden

Der Zeitpunkt von PV-Stromerzeugung und -verbrauch werden entkoppelt



Bei einem Einfamilienhaus steigert eine Batterie den Eigenverbrauch um ca. 20%



Private Kurzzeitspeicher optimieren jedoch nur das Mikrosystem. Sie helfen nicht zwangsläufig, die Überschüsse im Gesamtsystem zu nutzen.

VORWEG GEHEN

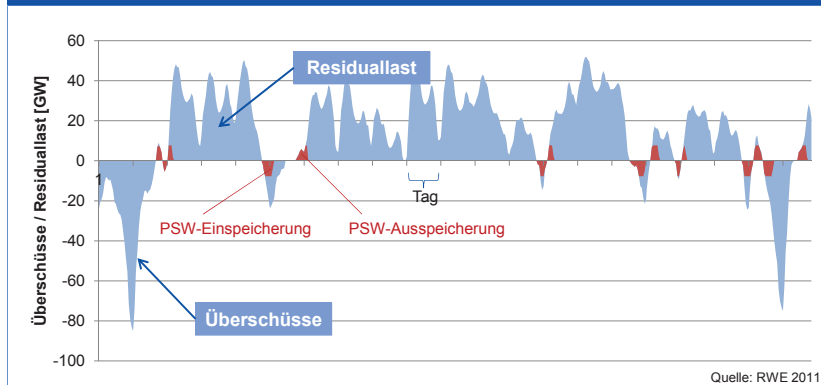
RWE Generation SE Seite 42

3

Speicherung von Energie

Zukünftige Lastprofile machen den Kurzzeitspeichern das Leben schwer

PSW-Einsatz (heutiger Ausbau) über einen 3-wöchigen Betrachtungszeitraum im Juni 2050



- Kurzzeitspeicher -zentral oder dezentral- können nur begrenzt eine Lösung sein

VORWEG GEHEN

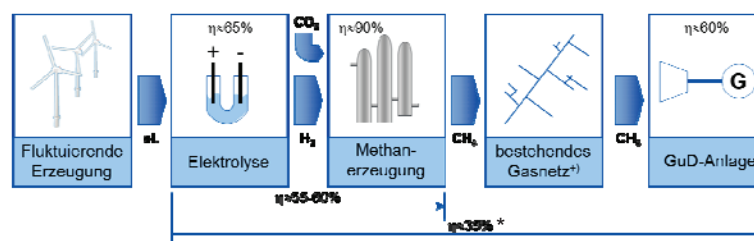
RWE Generation SE Seite 43

3

Speicherung von Energie

Methanisierung kann bei massivem EE-Ausbau lange Überschussphasen nutzen

Wirkungsgrad bei der Methanisierung



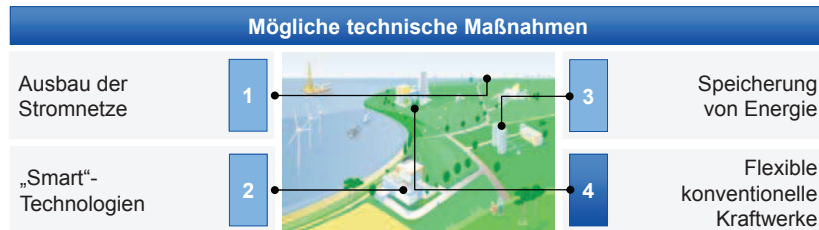
*: Aufwand für Warmhaltung nicht eingerechnet

- Methanisierung wird erst bei massivem EE-Ausbau (>65% EE) relevant
- Die Speicherverluste bei der Methanisierung sind hoch

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 44

Zur vollständigen Deckung der Residuallast sind konventionelle Kraftwerke weiterhin erforderlich



Die Maßnahmen 1-3 sollen durch Verschiebung von Stromüberschüssen die Deckung der Residuallast erreichen

Zeitweise fehlende Strommengen können nur durch zusätzliche Kraftwerke ausgeglichen werden.

VORWEG GEHEN

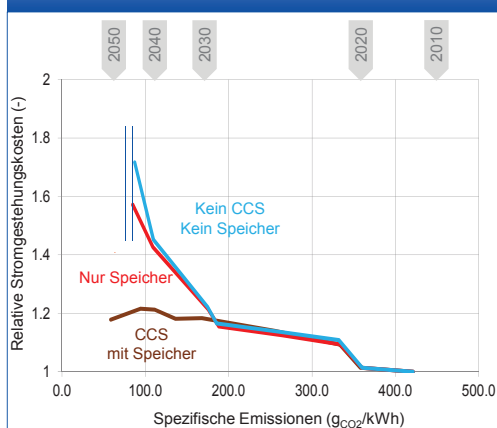
RWE Generation SE Seite 45

4

Flexible Kraftwerke

Die CO₂ Minderungspläne lassen sich dennoch erreichen, z.B. über den Einsatz von CCS

Modellierung des Strommarktes in 2050 durch ZEP zeigt klare Vorteile für CCS



Quelle: „CCS and the Electricity Market“, ZEP 2014

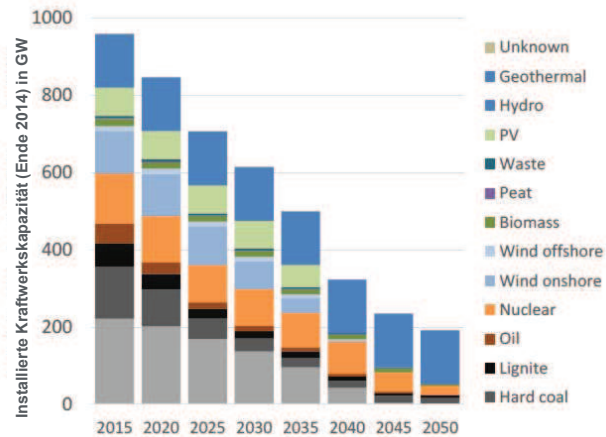
- > CCS ist die günstigste Option
- > Ohne CCS steigen die Kosten um 50%
- > Ohne CCS kann es zu Versorgungsengpässen kommen
- > Speicher ohne CCS sind keine Lösung
- > Die günstigste Option ist die Kombination aus Speichern und CCS

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 46

Problem: Der Europäische* Kraftwerkspark ist überaltert – es entsteht erheblicher Neubaubedarf

*) EU-27, Norwegen, Schweiz



Quelle: Chalmers Database

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 47

Neue Marktanreize erforderlich, um auch in Zukunft Betrieb und Neubau von Kraftwerken zu ermöglichen

Strompreis am Großhandels-Markt (€/MWh)

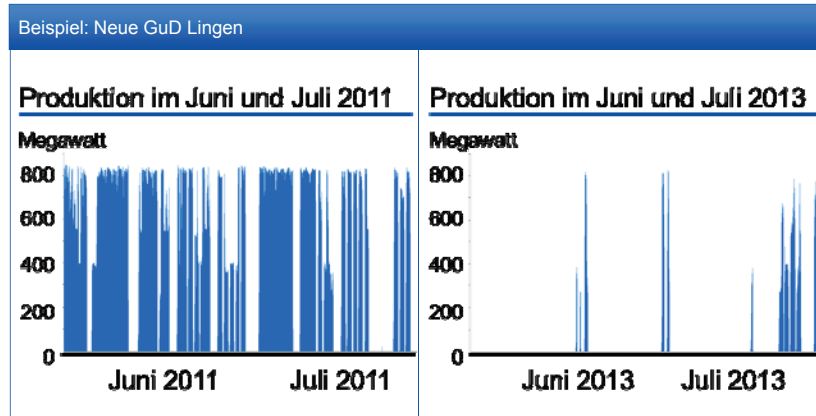


Dabei zu beachten: Geringer werdende Auslastung der Kraftwerke erhöht die zu deckenden Kosten in der Residuallast-Stromerzeugung!

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 48

Auswirkungen niedriger Strompreise heute schon spürbar: Gaskraftwerke kaum noch im Einsatz



Quelle: RWE

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 49

Aufgrund der ambitionierten Pläne und fehlenden Incentives ist ein neues Strommarktdesign unumgänglich

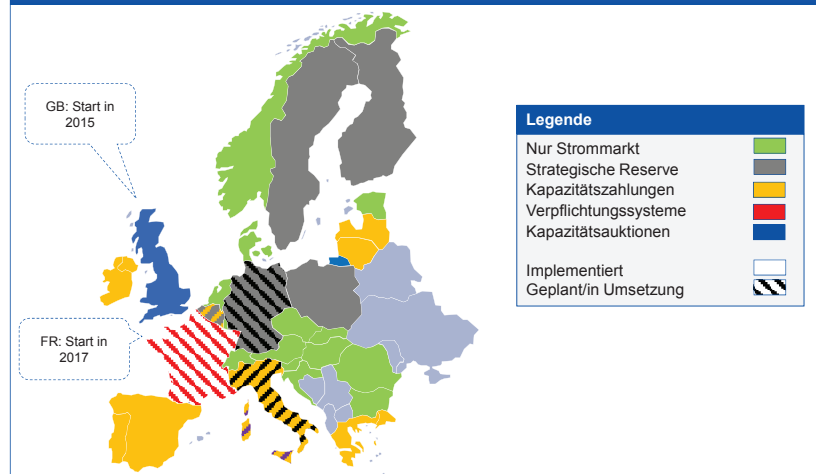


VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 50

Andere Länder sind beim Thema Marktanreizsystem Deutschland weit voraus

Kapazitätsmechanismen in Europa

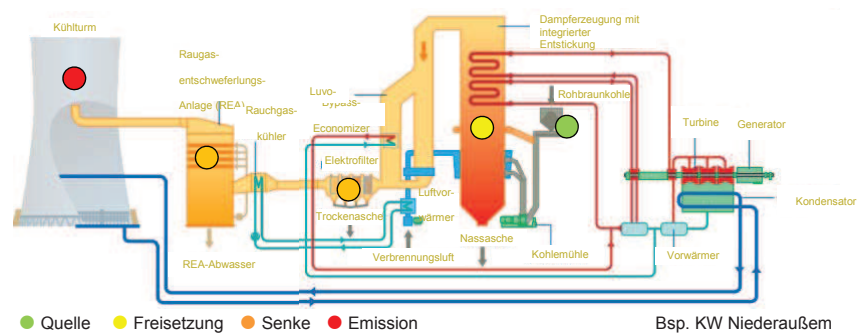


VORWEG GEHEN

Quelle: Eurelectric

RWE Generation SE Seite 51

Quecksilber Im Prozess eines Braunkohlenkraftwerks



- > Rheinische Braunkohle ist quecksilberarm
- > Der Gehalt an Quecksilber beträgt rund 0,1 bis 0,21 mg/kg wasserfreier Kohle
- > Heute wird Quecksilber zu bis zu 90 % von den vorhandenen Rauchgasreinigungsanlagen (Elektrofilter, Entschwefelung) zurückgehalten.

RWE erforscht, anknüpfend an die vorhandene Rauchgasreinigungstechnik, Maßnahmen zur Verbesserung der Quecksilberabscheidung

VORWEG GEHEN

RWE Generation SE Seite 52

Emissionen und Immissionen



Immissionen
Eintrag in die Umwelt



RWE Generation SE Seite 53



Presseinformation

Düsseldorf, 15.02.2016

Ministerin Schulze und Minister Kamp unterzeichnen Erklärung in Neuss **NRW und Niederlande verstärken Zusammenarbeit bei Forschungs- und Entwicklungsprojekten**

Nordrhein-Westfalen und die Niederlande wollen ihre Zusammenarbeit in den Bereichen Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie ausbauen: Dazu haben NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze und der niederländische Wirtschaftsminister Henk Kamp bei der bilateralen Konferenz "Matching for new materials" im Zeughaus Neuss eine Absichtserklärung unterzeichnet.

Pressesprecher
Hermann Lamberty
Telefon 0211 896– 4790
Telefax 0211 896– 4575
presse@miwf.nrw.de

"Die Niederlande sind für uns ein sehr wichtiger Partner. Wir arbeiten in Wissenschaft und Wirtschaft seit Jahren überaus erfolgreich zusammen. Darauf möchten wir aufbauen", sagte Ministerin Schulze. "Unsere Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen sollen sich künftig noch stärker an der grenzüberschreitenden Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen beteiligen – und ihre Positionen im europäischen und internationalen Wettbewerb ausbauen."

"Deutsche Ingenieurskunst, Pünktlichkeit, langfristige Planung und Produktivität kombiniert mit dem Handelsgeist, der Kreativität, der Erfindungskraft und der Flexibilität der Niederländer bilden eine ideale Kombination der bilateralen Kooperation", sagte Minister Kamp. "Wir wollen unsere Kompetenzen weiter bündeln, auch um unser gemeinsames Potenzial auf europäischer und internationaler Ebene stärker sichtbar zu machen."

Beide Regierungen vereinbarten die

- Stärkung der direkten grenzüberschreitenden Kooperation zwischen regionalen und lokalen Behörden, Organisationen, Firmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Unterstützung von bilateralen Programmen, Projekten und Maßnahmen
- Intensivierung des ständigen strategisch ausgerichteten bilateralen Dialogs.

Die Zusammenarbeit soll sich auf Bereiche konzentrieren, in denen beide Länder über herausragende Kompetenzen verfügen. Großes Poten-

Völklinger Straße 49
40221 Düsseldorf
www.wissenschaft.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
S-Bahnen S 8, S 11, S 28
(Völklinger Straße)
Rheinbahn Linien 704, 709
(Georg-Schulhoff-Platz)

zial für erfolgreiche bilaterale Projekte bieten beispielsweise neue Werkstoffe und Materialien. Zu diesem Innovationsfeld bot die von beiden Ministerien veranstaltete Crossborder Conference "Matching for new materials" in Neuss eine ideale Plattform für Austausch und Kooperationsgespräche. Mehr als 220 Wissenschafts- und Wirtschaftsvertreter aus beiden Ländern kamen im Zeughaus zusammen, um sich zu informieren und gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf den Weg zu bringen. Dabei ging es insbesondere um neue Materialien für generative Fertigungsverfahren, Leichtbau und die biobasierte Wirtschaft.

„Auch im Rhein-Kreis Neuss spielen Forschung, Entwicklung und Verarbeitung neuer und innovativer Materialien eine große Rolle. Unser Standort ist schließlich vor allem in den Bereichen Metall und Chemie stark industriell geprägt. Ich freue mich daher, dass wir als Gastgeber dieser internationalen wie interdisziplinären Konferenz fungieren können“, sagte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

Neue Werkstoffe und Materialien sind Innovationsmotoren für alle technologieorientierten Branchen und Wirtschaftszweige. Über zwei Drittel aller technischen Neuerungen gehen direkt oder indirekt auf neue Materialien zurück. Sie können in zentralen Zukunftsfeldern wie Energie oder Medizin für große Fortschritte sorgen. Mit rund 10.000 Unternehmen und Forschungseinrichtungen, rund 200 Milliarden Euro Umsatz und einer Million Beschäftigten ist NRW der bundesweit führende Standort der Werkstoffbranche.

Die Niederlande sind mit einem Gesamtvolumen von 56,9 Milliarden Euro wichtigster Handelspartner Nordrhein-Westfalens. Rund 4.000 niederländische Unternehmen haben ihren Sitz in NRW und beschäftigen über 69.000 Menschen. 41,7 Milliarden Euro Direktinvestitionen aus den Niederlanden fließen nach NRW.

Zwischen nordrhein-westfälischen und niederländischen Hochschulen bestehen derzeit rund 150 Kooperationen. 30 gemeinsame Studiengänge führen zu einem 'Joint Degree' oder 'Double Degree'. Auch auf dem Gebiet der Europäischen Forschungsförderung (HORIZONT 2020) arbeiten nordrhein-westfälische und niederländische Forscherinnen und Forscher in gemeinsamen Projekten eng zusammen. Die Niederlande sind regelmäßig Partnerland der jährlich in Düsseldorf stattfindenden Europäischen Netzwerkveranstaltung, bei der nordrhein-westfälische F&E-Akteure gezielt mit europäischen Partnern zur Initiierung und Vorbereitung europäischer Kooperationsprojekte zusammentreffen. In Nordrhein-Westfalen leben über 70.000 niederländische Staatsbürger. Damit wohnt jeder zweite der in Deutschland lebenden Niederländer in NRW.